

Corine Defrance, Ulrich Pfeil (Hg.)

# Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“?

Deutschland in Europa nach 1945



# Verständigung und Versöhnung

## Eine Herausforderung für Deutschland nach 1945

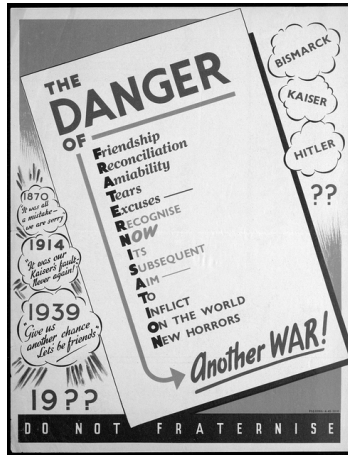
*Corine DEFRANCE & Ulrich PFEIL*

### 1. Der „Zivilisationsbruch“

#### **1.1 Das Jahr 1945 – eine weltgeschichtliche und deutsche Zäsur**

Noch im April 1945 versuchte die Führung des britischen Heeres Freundschaft, Versöhnung und Freundlichkeit zwischen britischen Soldaten und Deutschen zu verhindern und warnte vor den Gefahren der Fraternalisation, um den Zweiten Weltkrieg zu einem siegreichen Ende zu führen und eine zukünftige Aggression Deutschlands unmöglich zu machen. Wenige Tage später lag das „Dritte Reich“, dessen Führer sich durch Selbstmord der Verantwortung für ihre Verbrechen entziehen wollten, am Boden. Die von der Anti-Hitler-Koalition erzwungene bedingungslose Kapitulation des „Dritten Reiches“ setzte am 8. Mai einem „totalen Krieg“ ein Ende, für den ein moderner Staat im Zentrum Europas sämtliche Kräfte aufgeboten hatte, um seine Nachbarn zu unterwerfen, auszubeuten und – besonders im östlichen Europa – auszutilgen. Niemals zuvor war die Zivilbevölkerung in dieser Breite mobilisiert worden: in Deutschland,

um dem Vernichtungs- und „Weltanschauungskrieg“ zum Sieg zu verhelfen, in den angegriffenen und besetzten Ländern, um den deutschen Aggressor zurückzuschlagen und niederzuwerfen<sup>1</sup>.



Plakat der britischen Landarmee vom April 1945, das vor der Fraternalisierung warnte (Sammlung Imperial War Museums, LBY PROC 209)

Die Weltgeschichte und in ganz besonderem Maße die deutsche Geschichte war an einer tiefgreifenden Zäsur angekommen, denn nicht nur Deutschlands Hegemonie über Europa war spätestens 1945 beendet, sondern auch die Dominanz des europäischen Staatensystems<sup>2</sup>. Nachdem das gemeinsame alliierte Ziel – die Niederringung von NS-Deutschland – die antagonistischen Mächte noch zusammengebracht hatte, entstand schon bald nach Kriegsende eine neue Polarisierung zwischen den USA auf der einen und der UdSSR auf der anderen Seite. Die ersten Schritte einer politischen und kulturellen Demobilisierung mündeten in eine neue Mobilisierung für einen ideologischen und machtpolitischen Wettstreit zwischen den kapitalistischen Demokratien des Westens und der kommunistischen Diktatur des Ostens. Diese Rivalität wurde nun bis 1989/91 zur weltpolitischen Grundordnung, in der

<sup>1</sup> Vgl. Rolf-Dieter MÜLLER, *Der Zweite Weltkrieg* (Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 21), Stuttgart 2004; Ian KERSHAW, *Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45*, München 2011; Dietmar SÜSS, „Volksgemeinschaft“ und Vernichtungskrieg. Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland, in: DERS., Winfried SÜSS (Hg.), *Das Dritte Reich. Eine Einführung*, München 2008, S. 79-102.

<sup>2</sup> Vgl. Ian BURUMA, *‘45. Die Welt am Wendepunkt*, München 2014.

sich auch das Schicksal des gerade niedergeworfenen deutschen Nationalstaates bzw. der beiden 1949 gegründeten deutschen Staaten abzuspielen hatte<sup>3</sup>.

In der deutschen Geschichte der Neuzeit habe es, so Ulrich Herbert, trotz aller Kontinuitäten und restaurativer Tendenzen keinen „nachhaltigeren, tiefer greifenden Einschnitt“ gegeben, als diesen 8. Mai 1945: „Ein schärferer Bruch in Politik, Gesellschaft, Kultur und Recht war kaum denkbar“<sup>4</sup>. Nach der Niederlage des „Dritten Reiches“ gehörte Deutschland nun neben Japan zu den Parias der Weltpolitik, es war ein „ohnmächtiges und geächtetes Objekt“<sup>5</sup>, seine Staatlichkeit war verloren, seine Souveränität auf die Siegermächte übergegangen und die Geschichte des Deutschen Reiches damit zu Ende („Finis Germaniae?“).

In seiner ganzen Dimension offenbarten sich 1945 die Konsequenzen des rassistischen Vernichtungskrieges und des systematischen Völkermordes an den europäischen Juden<sup>6</sup>. Hier zeigte sich, dass bisher sicher geglaubte zivilisatorische Vernunftannahmen außer Kraft gesetzt worden waren, oder um es mit Dan Diner zu sagen: „Indem Menschen der bloßen Vernichtung wegen vernichtet werden konnten, wurden auch im Bewusstsein verankerte Grundfesten unserer Zivilisation tiefgreifend erschüttert – ja gleichsam dementiert“<sup>7</sup>. Der von den Nationalsozialisten betriebene „Zivilisationsbruch“ hatte das aufklärerische Erbe der Revolution von 1789 verworfen. Heinrich August Winkler hat das als die „radikale Negation des normativen Projekts des Westens“ bezeichnet: „Dieses Menschheitsverbrechen wurde

---

<sup>3</sup> Vgl. Heinrich August WINKLER, *Geschichte des Westens*, Bd. 3: Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2014, S. 23ff.

<sup>4</sup> Ulrich HERBERT, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 550; vgl. zur Relativierung dieses Datums: Ulrike JUREIT, *Vom Ordnen der Zeit. Der 8. Mai 1945 als historische Zäsur*, in: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung* 24 (2015) 4, S. 51-63.

<sup>5</sup> Christian HACKE, *60 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*, Köln 2008, S. 487-510, hier S. 487.

<sup>6</sup> Vgl. Jürgen MATTHÄUS, Klaus-Michael MALLMANN (Hg.), *Deutsche – Juden – Völkermord. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart*, Darmstadt 2006; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, München 2008; Hans MOMMSEN, *Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa*, Göttingen 2014.

<sup>7</sup> Dan DINER, *Einleitung*, in: DERS. (Hg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt/M. 1988, S. 8.

von einer Nation begangen, die kulturell zum Westen gehörte und darum an westlichen Maßstäben gemessen wurde – und gemessen wird“<sup>8</sup>. Dass ein europäisches Kulturvolk in der Mitte des 20. Jahrhunderts dieses Menschheitsverbrechen mit bürokratischer Präzision geplant und unter Mobilisierung modernster technischer Ressourcen durchgeführt hatte, provozierte unweigerlich die Frage nach den Gründen und Ursachen. Weil die Shoah „als das geradezu idealtypisch Böse auf dem deutschen Geschichtshaushalt“ lastet, ergibt sich daraus die Konsequenz, „dass die Geschichte des Landes nach 1945 auch und vor allem die Geschichte des Umgangs mit dieser Vergangenheit sein muss“<sup>9</sup>. So wird der „Zivilisationsbruch“ der „eigentliche Ausgangspunkt einer deutschen Nachkriegsgeschichte“<sup>10</sup>, der die Deutschen mit einer moralischen Schuld und einer Versöhnungslast belegt(e), die es in den Nachkriegsjahrzehnten abzarbeiten galt, um aus dem desaströsen Gang der deutschen Geschichte herauszufinden.

Auch 70 Jahre nach Kriegsende hat die Bedeutung von Auschwitz für das heutige Deutschland nicht abgenommen<sup>11</sup>; vielmehr haben wir es heute mit einem Erinnerungsimperativ zu tun, wie Bundespräsident Joachim Gauck unlängst nochmals betonte: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben“<sup>12</sup>. Wie diese Aussage von Gauck zu verstehen ist, kommentiert Matthias Drobinski richtungsweisend für die Zukunft:

„Es gibt keinen Stolz auf dieses Land mit seinem Rechtsstaat und seiner Demokratie, ohne den Blick in den Abgrund. Es gibt keinen Spaß an dieser bunt gewordenen Republik ohne die Empfindlichkeit dafür, wann, wo und wie die Menschenfeindlich-

---

<sup>8</sup> Heinrich August WINKLER, *Geschichte des Westens*, Bd. 2: Die Zeit der Weltkriege 1914-1945, München 2011, S. 1214.

<sup>9</sup> Peter März, *Der Ort der Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*, Köln 2008, S. 655-691, hier S. 688f.

<sup>10</sup> Konrad JARAUSCH, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, München 2004, S. 23.

<sup>11</sup> Vgl. Peter STEINBACH, *Nach Auschwitz. Die Konfrontation der Deutschen mit der Judenvernichtung*, Bonn 2015.

<sup>12</sup> Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, Berlin, 27. Januar 2015; <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/01/150127-Bundestag-Gedenken.html> [10.9.2015].

keit wächst. An Auschwitz muss jegliche Selbstsicherheit scheitern. Auch deshalb kann und wird es keinen Schlussstrich geben<sup>13</sup>.

Wie berechtigt diese These ist, zeigte sich nur wenige Wochen später, als es bei den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des KZ Buchenwald auch Rassismus und Fremdenhass im heutigen Deutschland thematisiert wurden, was den Journalisten Heribert Prantl schlussfolgern ließ, dass Rassisten in Deutschland „bedrohlicher“ als in anderen Ländern wahrgenommen werden: „Es ist schon wahr: Deutschland wird, auch siebzig Jahre nach Hitler, scharf beobachtet“<sup>14</sup>.

## 1.2 Friedenssicherung als globale Aufgabe nach 1945

Deutschlands Nachbarn und ganz besonders den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges war nach 1945 vor allem daran gelegen, das Bedrohungspotential des gerade besiegten Gegners zu vernichten. Dabei war die Frage, wie die Welt in Zukunft in Sicherheit vor Deutschland leben könne, nicht alleine auf seine Neuordnung beschränkt, sondern darüber hinaus mit der Neugestaltung der Weltordnung verbunden. Bei dem visionären Versuch, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, obsiegte schließlich die amerikanische Vorstellung von einer universalen kollektiven Friedensordnung (UNO), um über die Zivilisierung des politischen Zusammenlebens national geprägte Machtpolitik zugunsten übergeordneter globaler Interessen zurückzustellen.

Dass ziviles Miteinander und zwischenstaatliche Beziehungen auf humanitärer Grundlage vielfach Utopie blieben, lag in der Anfangszeit nicht zuletzt am Ausbruch des Kalten Krieges im Jahre 1947. Jetzt bekamen (west-)europäische Integrationskonzepte aus den Kriegsjahren wieder eine neue Aktualität, doch hatten sich mittlerweile die geostrategischen Vorsätze gewandelt<sup>15</sup>. Nun hatten die Westalliierten ein großes Interesse an einem funktionierenden westdeutschen Staatswesen, das durch seine Integration in die westlichen Strukturen integraler Bestandteil eines neuen Bündnisses unter amerikanischer Führung sein sollte, auf diese

---

<sup>13</sup> Matthias DROBINSKI, Warum wir in den Abgrund von Auschwitz blicken müssen, in: Süddeutsche Zeitung, 27.1.2015.

<sup>14</sup> Heribert PRANTL, Befreiung ist nie zu Ende, in: Süddeutsche Zeitung, 12.4.2015.

<sup>15</sup> Vgl. Gerhard BRUNN, Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Bonn 2005, S. 29ff.

Weise aber auch kontrolliert werden konnte. Insofern muss die Europäische Integration als eine Antwort auf die beiden Weltkriege und die NS-Verbrechen bzw. als ein Versuch verstanden werden, „Europa ein Immunsystem gegen Kriege“<sup>16</sup> zu verleihen.

Dass zwischenstaatliche Abmachungen zum Erhalt des Friedens nicht ausreichen, war dabei auch den Politikern aufgrund der negativen Erfahrungen der 1920er Jahre bewusst, so dass die Präambel der am 26. Juni 1945 unterzeichneten UNO-Charta starke soziokulturelle Komponenten zur Implementierung friedensbildender Prozesse aufweist<sup>17</sup>. Sie ist unübersehbar von den Gewalterfahrungen der beiden Weltkriege als auch vom Scheitern des Völkerbundes in der Zwischenkriegszeit geprägt:

„Die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsägliches Leid über die Menschheit gebracht hat, und den Glauben an grundlegende Menschenrechte, an Würde und Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau und von großen und kleinen Nationen erneut zu bekräftigen und Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung der Verpflichtungen, die auf Verträgen oder anderen Quellen des Völkerrechtes beruhen, gewährleistet werden kann und sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern und für diese Zwecke Toleranz zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben und unsere Macht zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und durch die Annahme von Grundsätzen und die Schaffung entsprechender Methoden sicherzustellen, dass Waffengewalt nicht zur Anwendung komme, es sei denn im Interesse des Gemeinwohles, und internationale Organisationen heranzuziehen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern“<sup>18</sup>.

Dass Friedenssicherung nicht alleine mit politischen Mitteln erreicht werden konnte, sondern auch auf den Feldern Wissenschaft, Erziehung und Kultur individuelle und kollektive Lernprozesse in Gang setzen musste, gehörte zu den Grundmotivationen für die Gründung der UNESCO, die als multi- bzw. transnationale Institution grenzüberschreitende Annäherungsprozesse unterstützen

---

<sup>16</sup> Rede von Martin Schulz anlässlich des Europäischen Gedenkaktes des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald im Wittumspalais in Weimar am 12. April 2015, in: *Die Welt*, 12.4.2015.

<sup>17</sup> Vgl. Stefan-Ludwig HOFFMANN (Hg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010; Jan ECKEL, *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen 2014.

<sup>18</sup> Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945; <http://www.staatsvertraege.de/uno/satzung45.htm> [13.9.2015].

sollte. Die Präambel der UNESCO-Charta vom 16. November 1945 insistiert dabei besonders auf anthropologischen und kognitiven Ansätzen für ein neues friedenspolitisches Engagement: „Da Kriege in den Köpfen der Menschen beginnen, ist in den Köpfen der Menschen Vorsorge für den Frieden zu treffen“. Ausgehend von dieser Prämisse wollte die UNESCO damit zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen beitragen, um in der ganzen Welt die Achtung vor Recht und Gerechtigkeit, vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu stärken. Es galt die verfassungspolitischen, institutionellen, materiellen und emotionalen Voraussetzungen zu schaffen, um Frieden als das Produkt gelungener Zivilisierung zu erreichen<sup>19</sup> und den inneren mit dem zwischenstaatlichen Frieden zu verklammern: „Si vis pacem, para pacem!“ – „Wenn Du den Frieden willst, rüste zum Frieden!“<sup>20</sup>

Diese idealistischen Ziele wurden aber spätestens ab 1947 schon wieder vom Kalten Krieg in Frage gestellt. Dass dieser politische und ideologische Antagonismus nicht zu einem „heißen Krieg“ wurde, lag ab den 1950er Jahren vor allem am „Gleichgewicht des Schreckens“ bzw. am nuklearen Patt, das beide Seiten vor einem „nuklearen Overkill“ zurückschrecken ließ. Trotz allem boten die verschiedenen internationalen Organisationen die Möglichkeit und den Raum zu Begegnungen über den Eisernen Vorhang hinweg, so dass sie vielleicht nicht die in sie anfangs gesetzten Hoffnungen erfüllen konnten, dennoch stabilisierend auf den Frieden in der Welt einwirkten: „Diese internationalen Organisationen garantierten, dass transnationale Begegnungen und Tätigkeiten stabiler und weniger prekär waren als früher. Oder anders gesagt: Der Transnationalismus bekam ein starkes organisatorisches Fundament“<sup>21</sup>.

---

<sup>19</sup> Vgl. Dieter SENGHAAS, Frieden – Ein mehrfaches Komplexprogramm, in: DERS. (Hg.), *Frieden machen*, Frankfurt/M. 2000, S. 560-575, hier S. 570ff.

<sup>20</sup> Vgl. dazu Eva SENGHAAS, Dieter SENGHAAS, Si vis pacem, para pacem, in: *Leviathan* 20 (1992) 2, S. 230-251.

<sup>21</sup> Akira IRIYE, Die Entstehung einer transnationalen Welt, in: DERS., Jürgen OSTERHAMMEL (Hg.), *Geschichte der Welt*, Bd. 6: 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013, S. 621-826, hier S. 711.



### 1.3 Vertrauen aufbauen, um Misstrauen zu überwinden

Die Alliierten sahen sich 1945 einer vom „totalen Krieg“ geprägten „Zusammenbruchsgesellschaft“ (Christoph Kleßmann) gegen auf kollektiver wie auf individueller Ebene zu rezivilisieren galt. Nach der individuellen Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg, dem Versuch einer kollektiven Entnazifizierung und Säuberung, einer *re-education* in den Westzonen und der „antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung“ in der SBZ musste ein neuer verfassungsrechtlicher Rahmen geschaffen werden, um den Rückfall in eine faschistische Diktatur zu verhindern<sup>22</sup>. Dabei zeigt ein Blick auf viele 1949 im westdeutschen Grundgesetz verankerte Institutionen, politische Verfahrensregeln und Rechtsgarantien, dass die verfassungsrechtlichen Schwächen der Weimarer Republik und der aus „Reichstagsbrandverordnung“ sowie „Ermächtigungsgesetz“ erwachsene permanente Ausnahmezustand des „Dritten Reiches“ die Negativfolie für die Mütter und Väter des Grundgesetz waren<sup>23</sup>. Die vom Schweizer Publizisten Fritz Rene Allemann geprägte Formel „Bonn ist nicht Weimar“<sup>24</sup> hatte dabei in der Innenpolitik bisweilen selbstaffirmative Züge, gegenüber dem Ausland sollte sie aber immer auch vertrauensbildend wirken und gar nicht erst die Befürchtung aufkommen lassen, die Deutschen könnten ein weiteres Mal totalitären Versuchen nachgeben.

Die SED proklamierte ihrerseits den Antifaschismus als Staatsdoktrin der SBZ/DDR und verkündete bis zu ihrem Ende, mit der Gründung des ostdeutschen Staates die Lehren aus der Vergangenheit gezogen und die „Wurzeln des Faschismus ausgerissen“ zu haben. Der Antifaschismus war jedoch mehr Legitimationsideologie und Gründungsmythos als Grundlage für eine konkrete Auseinandersetzung mit der Vergangenheit<sup>25</sup>. Im Innern diente er sowohl als Integrations- als auch als Ausgrenzungsin-

---

<sup>22</sup> Vgl. zu diesen Prozessen im Kontext von Versöhnung: Steven M. SCHROEDER, *To Forget It All and Begin Anew: Reconciliation in Occupied Germany, 1944-1954*, Toronto 2013.

<sup>23</sup> Sebastian ULLRICH, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, 1945-1959*, Göttingen 2009.

<sup>24</sup> Vgl. Fritz Rene ALLEMAN, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956.

<sup>25</sup> Vgl. Herfried MÜNKLER, *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin 2009, S. 421ff.

strument; in der Außenpolitik sollte er Brücken zu den „antifaschistischen Kräften“ in den ehemals von Deutschland besetzten Ländern bauen, um ihnen die Abgrenzung zum NS-Regime zu demonstrieren, was auch DDR-Präsident in seiner Antrittsrede am 11. Oktober zum Ausdruck brachte: „Sie [die demokratische Ordnung] gibt uns jetzt in nationaler Hinsicht die Gelegenheit, eine eigene Außenpolitik zu entwickeln und unsere demokratische und friedensgewillte Zusammenarbeit mit den anderen Völkern unter Beweis zu stellen“<sup>26</sup>.

Die hier skizzierten Wege, die beide deutsche Staaten bei der Auseinandersetzung mit der kollektiven Verantwortung für die NS-Verbrechen beschritten, gehörten zu dem, was Christoph Kleßmann als „Verflechtung in der Abgrenzung“<sup>27</sup> definiert hat, waren doch auch die von der Bundesrepublik und der DDR angestrebten Verständigungsprozesse mit den Nachbarn miteinander verklammert. So entstand ein deutsch-deutsches Konkurrenzverhältnis, das auch auf semantischem Feld ausgetragen wurde und um Begriffe wie Verständigung, Versöhnung, Wiedergutmachung, Frieden, Solidarität, Völkerfreundschaft, Brüderlichkeit und Internationalismus kreiste.

Die Bundesrepublik wie die DDR wurden nach ihrer Gründung vom Ausland im „Schatten des ‚Dritten Reiches‘“ wahrgenommen. Nachdem die deutschen Nachbarn während des Zweiten Weltkrieges mit allen Folgen einer Besatzungsherrschaft konfrontiert gewesen waren, mussten Bonn und Ost-Berlin ihre Außenbeziehungen nun auf einer neuen friedlichen Grundlage konzipieren. Die vom „Dritten Reich“ über mehr als fünf Jahre nach Europa getragene „Kultur des Krieges“ galt es in eine politische „Kultur des Friedens“ zu überführen<sup>28</sup>, um im Ausland neues Vertrauen aufzubauen und Sicherheit vor Deutschland zu garantieren<sup>29</sup>.

---

<sup>26</sup> Wilhelm PIECK, *An der Wende der deutschen Geschichte*, in: *Reden und Aufsätze*. Bd. II, Berlin (DDR) 1954, S. 295-303.

<sup>27</sup> Vgl. dazu: Arnd BAUERKÄMPER, Martin SABROW, Bernd STÖVER (Hg.), *Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Bonn 1998.

<sup>28</sup> Vgl. Thomas KÜHNE (Hg.), *Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945*, Münster 2000.

<sup>29</sup> Vgl. zu Sicherheit als analytischer Leitbegriff für Ansätze einer „modernen Politikgeschichte“: Eckart CONZE, *Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte“ der Bundesrepublik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005) 3 S. 357-380. Umgesetzt hat er dies in: DERS., *Die Suche nach Sicherheit*.

Bei dem Versuch, einen Wandel in der Fremdeinschätzung im Ausland zu bewirken, offenbarte gerade Bundeskanzler Konrad Adenauer nach 1949 einen besonderen Sinn für die Bedürfnisse und Gefühlslagen der Nachbarn. Vor allem in den Beziehungen zu Frankreich wusste er, „daß der Ruf, den ein Land auf einem bestimmten Gebiet besitzt, Auswirkungen auf Handlungseinstellungen und -erwartungen in anderen Ländern hat“<sup>30</sup>:

„Es nützt nichts, daß wir tatsächlich ungefährlich sind, sondern es kommt darauf an, ob Frankreich uns für gefährlich hält. Die Psychologie hinkt immer hinter der realen geschichtlichen Entwicklung her. Ob uns das heutige französische Sicherheitsbedürfnis überholt vorkommt, ob es tatsächlich überholt ist, dies alles ist nicht entscheidend. Auch wenn Frankreich sich im Irrtum befindet, so ist sein Verlangen nach Sicherheit doch psychologisch vorhanden und also eine politische Tatsache, mit der wir zu rechnen haben“<sup>31</sup>.

Neben der von Adenauer hier hervorgehobenen Empathie bedurfte es zur Versöhnung zudem eines bewusst herbeigeführten multiplen Mentalitätswandels. Die Nachbarn erwarteten Zeichen für die Ernsthaftigkeit dieser Absichten und eine Politik, „die Eroberung oder Unterdrückung ausschließt und auf Kooperation setzt“<sup>32</sup>. Gerade der erste Bundeskanzler war sich dabei bewusst, dass die Überlebenden der NS-Gewaltherrschaft im Ausland, bevor sie sich selber für eine Geste der Versöhnung entschieden, die reinigende Wirkung einer Katharsis voraussetzten, die sie als Grundlage verstanden, um eine Bitte um Versöhnung als echt und vertrauenswürdig zu interpretieren.

Nach 1945/49 durchlief die Bundesrepublik dabei einen Prozess, den ihr damals nur wenige zugetraut hatten. Amerikanische Politologen hielten es in den 1950er Jahren noch für wenig wahrscheinlich, dass die zutiefst verunsicherte deutsche Nachkriegsgesellschaft ihre vordemokratische Kultur schnell

---

Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

<sup>30</sup> Frank R. PEETSCH, Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992, München <sup>2</sup>1993, S. 48.

<sup>31</sup> Interview Adenauers für „Die Zeit“ vom 3.11.1949, in: Die Bundesrepublik und Frankreich: Dokumente 1949-1963, hg. von Horst MÖLLER und Klaus HILDEBRAND, Bd. 1: Außenpolitik und Diplomatie, bearb. von Ulrich LAPPENKÜPER, München 1997, Dok. 2, S. 63.

<sup>32</sup> Martin & Sylvia GRIFFENHAGEN, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München 1993, S. 383.

überwinden könne<sup>33</sup>. Zwar waren die Akzeptanz der Demokratie und die normative Distanzierung vom NS-Regime Grundlage des bundesdeutschen Selbstverständnisses, doch verhinderte der allgemeine Wille nach Normalität Fragen nach der individuellen Verantwortung für die Taten des „Dritten Reiches“. So gehörte der ehrliche Umgang mit der NS-Zeit nicht zu den Charakteristika der Nachkriegszeit. Daran erinnerte Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments, aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung von Buchenwald nochmals:

„Umso mehr beschämt uns, dass nach der Befreiung zunächst die Erinnerung an die Gräueltaten verweigert, Schuld und Verantwortung verdrängt und die Opfer zu Bittstellern gemacht wurden. Lange, viele zu lange, dauerte es, bis wir das Leiden der Opfer der Gleichgültigkeit entrissen“<sup>34</sup>.

Da Verdrängung, Beschweigen bzw. selektive Erinnerung das Verhalten der meisten Deutschen nach 1945 prägten, musste zum damaligen Zeitpunkt Zweifel erlaubt sein, ob die Deutschen dem theologischen Postulat der Sühne bereit waren nachzukommen, gerade weil sie sich selber gerne zu Opfern Hitlers stilisierten und damit ihre eigene Verantwortung ausblendeten<sup>35</sup>.

Mögen wir heute mit dem Blick zurück auf 1945/49 bisweilen die Tendenz haben, die Entwicklung der Bundesrepublik als eine Wiederaufstiegsgeschichte zu betrachten, so stellte sich die Situation für die Deutschen und für die bundesdeutschen Politiker zur damaligen Zeit anders da. Im Schatten von Vernichtungskrieg und Shoah galt es, die ersten Schritte in einem Annäherungs- und Verständigungsprozess zu gehen, um auf dieser Grundlage neue nachhaltige Kooperationsbeziehungen mit den Nachbarn zu begründen<sup>36</sup>. Das wusste auch Bundeskanzler Konrad Adenauer,

---

<sup>33</sup> Vgl. dazu ebenda, S. 106.

<sup>34</sup> Rede von Martin Schulz anlässlich des Europäischen Gedenkaktes des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald im Wittumspalais in Weimar am 12. April 2015, in: *Die Welt*, 12.4.2015.

<sup>35</sup> Vgl. Hans MOMMSEN, Zum Erscheinungsbild Adolf Hitlers in der deutschen Öffentlichkeit vor und nach dem 9. Mai 1945, in: Christoph CORNELISSEN u.a. (Hg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt/M. 2003, S. 95-107, hier S. 102.

<sup>36</sup> Vgl. Philipp BRUGGER, Andreas HASENCLEVER, Lukas KASTEN, Vertrauen lohnt sich. Über Gegenstand und Potential eines vernachlässigten Konzepts in den internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 20 (2013) 2, S. 65-104.

als er in seiner Regierungserklärung vor dem ersten deutschen Bundestag am 20. September 1949 einen außenpolitischen „Mentalitätswandel“ demonstrieren wollte und die Transformation von Feindschaft zu Freundschaft als konstitutives Element für seine Außenpolitik und die Selbstdefinition der gerade gegründeten Bundesrepublik ankündigte. Sein Versprechen, den Anschluss an die westlichen Nachbarn zu suchen und mit allen Ländern gute Beziehungen zu unterhalten<sup>37</sup>, entsprach den sicherheitspolitischen Erwartungen im Westen<sup>38</sup> und kann als Versuch verstanden werden, (West-)Deutschland von der weltpolitischen Sünderbank herunterzuholen<sup>39</sup>. Mit seiner Politik der außenpolitischen Zurückhaltung und Selbstbeschränkung konnte er somit neue Handlungsspielräume gewinnen und auf diese Weise nationale (west-)deutsche Interessen vertreten.

Als ein bedeutendes Zeichen für die Anerkennung von Schuld und Verbrechen in der Geschichte der jungen Bundesrepublik muss das Luxemburger „Wiedergutmachungsabkommen“ vom 10. September 1952 gelten, das die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches mit dem jüdischen Volk abschloss, vertreten durch den Staat Israel und die Conference on Jewish Material Claims Against Germany<sup>40</sup>. In diesem Abkommen, „das zwar nicht wieder gut machen konnte, was nicht gut zu machen ist, das aber zum Beginn wechselseitiger Annäherung wurde“<sup>41</sup>, verpflichtete sich Bonn auf Zahlungen, Exportgüter und Dienstleistungen im Gesamtwert von 3,5 Milliarden DM, um die Eingliederung mittelloser jüdischer Flüchtlinge zu unterstützen. Darüber hinaus akzeptierte die Bundesrepublik die Rückerstat-

---

<sup>37</sup> Abgedruckt in: Auswärtiges Amt, 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation, Bonn 1989, S. 23.

<sup>38</sup> Vgl. für den deutsch-französischen Fall: Corine DEFRANCE, Die Meistererzählung von der „Versöhnung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2013) 1/3, S. 16-22.

<sup>39</sup> Vgl. Lily GARDNER FELDMAN, Germany's foreign policy of reconciliation. From enmity to amity, Lanham 2012; Birgit SCHWELLING, Die Außenpolitik der Bundesrepublik und die deutsche Vergangenheit, in: Siegmund SCHMIDT (Hg.), Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2013, S. 101-111.

<sup>40</sup> Vgl. zu der Frage, ob Israel damals mit dem „Land der Mörder“ in Verhandlungen treten und materielle Entschädigungen annehmen durfte: Dan DINER, Rituelle Distanz. Israels deutsche Frage, München 2015.

<sup>41</sup> Ansprache von Bundestagspräsident Norbert Lammert vor der Knesset am 24. Juni 2015; <https://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2015/005/380034> [10.9.2015].

tung von Vermögenswerten und erkannte damit die deutsche Schuld an der Ermordung der europäischen Juden an<sup>42</sup>, so dass das Ausland weiteres Vertrauen in den westdeutschen Staat fasste und die Westmächte u.a. mit den Pariser Verträgen vom Mai 1955 das Besatzungsstatut aufhoben und der Bundesrepublik die Souveränität gaben.

Die DDR verstand unter „Wiedergutmachung“ hingegen nur die Reparationsleistungen an die Sowjetunion, die 1953 das Ende der Reparationen verkündete. Damit fühlte sich Ost-Berlin von der internationalen Wiedergutmachungspflicht befreit, sowohl gegenüber den „Bruderstaaten“ des Warschauer Pakts als auch gegenüber Israel. Die DDR berief sich auf ihr antifaschistisches Selbstverständnis, mit dem sie sich in die Reihe der „Sieger der Geschichte“ einreichte, und lehnte weitere Wiedergutmachungsleistungen ab<sup>43</sup>.

Als Willy Brandt 1969 das Kanzleramt übernahm, stellte er seine Außen- und Ostpolitik unter das Motto „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen“<sup>44</sup>. War gerade die „Neue Ostpolitik“ innenpolitisch stark umstritten, so brachte sie der Bundesrepublik im Ausland neues Ansehen<sup>45</sup>. Die Verbindung von Vertrags- und Symbolpolitik wurde dabei gerade von Polen als Ausdruck deutscher Reue und eines Verzichts auf territoriale Ansprüche gewertet. Der erste sozialdemokratische Bundeskanzler wurde dafür 1971 mit dem Friedensnobelpreis

---

<sup>42</sup> Vgl. allgemein: Hans Günter HOCKERTS, Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz 1945-2000, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 167-214; DERS., Claudia MOISEL, Tobias WINSTEL, Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945-2000, Göttingen 2006; Constantin GOSCHLER, Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung seit 1945, Göttingen 2005; Norbert FREI, José BRUNNER, Constantin GOSCHLER (Hg.), Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009; Constantin GOSCHLER (Hg.), Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhundert, 4 Bde., Göttingen 2012.

<sup>43</sup> Vgl. Angelika TIMM, „Hammer, Zirkel, Davidstern“. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

<sup>44</sup> Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt. Eingeleitet und kommentiert von Klaus VON BEYME, München, Wien 1979, S. 251-281.

<sup>45</sup> Vgl. Andreas WILKENS (Hg.), Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung, Bonn 2010; Bernd ROTHER (Hg.), Willy Brandts Außenpolitik, Wiesbaden 2014.

geehrt, weil er während des Kalten Krieges zur Entspannung zwischen Ost und West beigetragen hatte:

„Willy Brandt hat als Chef der westdeutschen Regierung und im Namen des deutschen Volkes die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern ausgestreckt. Er hat im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen“<sup>46</sup>.

Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes 1985 setzte sich der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit den deutschen Verbrechen während des „Dritten Reiches“ auseinander und erklärte seinen Landsleuten, „was Deutschland durch Diktatur, Völkermord und Krieg verspielt hatte“<sup>47</sup>. Er gab der deutschen Erinnerung an das Kriegsende eine neue semantische Richtung, indem er den 8. Mai als „Befreiung“ auch für die Deutschen bezeichnete. Trotz der damals nicht zu überhörenden Kritik ermöglichte er den Deutschen durch diese Umdeutung einen neuen emotionalen Zugang zu diesem Ereignis und damit auch ein anderes Selbstverständnis zur eigenen Vergangenheit. Auch wenn das Gesagte nicht gänzlich neu war, bekam es aus dem Mund des Bundespräsidenten an diesem Datum ein besonderes Gewicht, so dass es schließlich versöhnlich nach außen und nach innen wirken konnte<sup>48</sup>.

75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges würdigte der frühere polnische Außenminister Władysław Bartoszewski die Aufarbeitung der NS-Zeit in Deutschland. Insbesondere die Anerkennung der Verbrechen hob er hervor, die an der polnischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges verübt worden waren, so dass die Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen gelegt worden seien: „Die Anerkennung der

---

<sup>46</sup> Aus der Begründung des Osloer Nobelkomitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises 1971, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1971, S. 8.

<sup>47</sup> Bundespräsident Joachim Gauck beim Staatsakt zum Tod von Richard von Weizsäcker, 11.2.2015; <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/02/150211-Staatsakt-RvW.html> [1.3.2015].

<sup>48</sup> Vgl. Tim SZATKOWSKI, Das Dritte Reich in den Reden des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Ein Vergleich mit seinen Amtsvorgängern, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 58 (2010) 5, S. 432-453.

Schuld hat mehrmals stattgefunden. Man kann das abschließen, aber nicht vergessen“<sup>49</sup>.

Dass Fragen nach der Anerkennung von Verantwortung und Schuld auch in Zukunft gestellt werden (müssen), betonte Bundespräsident Joachim Gauck am 23. April 2015, als er in der Frage des Völkermordes an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges klar Stellung bezog:

„Wir können uns von Schuld befreien, wenn wir sie bekennen und wir können uns von Schuld nicht befreien, wenn wir leugnen, verdrängen oder wenn wir sie bagatellisieren [...]. In diesem Fall müssen auch wir Deutsche insgesamt uns noch einmal der Aufarbeitung stellen, wenn es nämlich um eine Mitverantwortung, unter Umständen gar um eine Mitschuld, am Völkermord an den Armeniern geht. Es waren deutsche Militärs, die an der Planung und zum Teil auch an der Durchführung der Deportationen beteiligt waren“<sup>50</sup>.

Standen in Versöhnungsprozessen in der Vergangenheit vor allem die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges im Mittelpunkt, so erleben wir hier eine Erweiterung auf den Ersten Weltkrieg und die Kolonialpolitik des Kaiserreichs. So erinnerte der Grünen-Politiker Cem Özdemir in der Diskussion um den Völkermord an den Armeniern an ein anderes Verbrechen, die Ermordung von über 90 000 Herero und Nama zwischen 1904 und 1908: „Das zweifelhafte Privileg des ersten Völkermords in diesem Jahrhundert – das haben leider wir Deutsche“. Der in Berlin lebende Israel Kaunatjike, Nachfahre von Herero-Überlebenden, vermisst in diesem Zusammenhang bis heute eine klare Stellungnahme der Bundesregierung: „Es gibt keine Versöhnung ohne Entschuldigung“. So überreichte er gemeinsam mit Gleichgesinnten Ende März 2015 eine Petition an das Auswärtige Amt, in der Deutschland aufgefordert wurde sich zu entschuldigen, für Landraub und Vertreibungen Entschädigungen zu bezahlen

---

<sup>49</sup> Polens Ex-Außenminister Wladyslaw Bartoszewski erinnert sich an den NS-Terror in Polen während des Zweiten Weltkriegs, in: Süddeutsche Zeitung, 3.9.2014, <http://www.sueddeutsche.de/politik/jahre-zweiter-weltkrieg-ich-habe-die-schwaerzeste-seite-des-krieges-erlebt-1.2113743> [26.1.2015].

<sup>50</sup> Bundespräsident Joachim Gauck im Anschluss an den „Ökumenischen Gottesdienst im Berliner Dom anlässlich der Erinnerung an den Völkermord an Armeniern, Aramäern und Pontos-Griechen“ am 23. April 2015 in Berlin; <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/04/150423-Gedenken-Armenier.html> [30.7.2015].



und die Verbrechen als Völkermord anzuerkennen<sup>51</sup>. Noch weiter geht der Hamburger Historiker Jürgen Zimmerer:

„Es ist beschämend. Es droht die Erfolgsgeschichte der deutschen Vergangenheitspolitik insgesamt infrage zu stellen, wenn das historisch völlig unstrittige Abschichten bzw. Verrecken-Lassen von bis zu 80 000 Männern, Frauen und Kindern einfach ignoriert werden kann, wenn der erste deutsche Genozid einfach gelehrt werden kann, auch weil Deutschland diesen Krieg gewonnen hatte und weder Herero und Nama noch Namibia insgesamt den nötigen politischen Druck aufbringen können“<sup>52</sup>.

Letzteres Beispiel verdeutlicht, dass die Geschichte von Verständigung und Versöhnung für Deutschland nicht alleine zur Nachgeschichte des „Dritten Reiches“ gehört, bei der das „katastrophale moralische Erbe“ in die Aktualität hineinragt<sup>53</sup>, sondern der Blick mittlerweile tiefer in die Vergangenheit zurückreicht. Es wirft zudem die Frage auf, ob Versöhnung als Teil der politischen Kultur Deutschlands laufend reproduziert wird, ob die mit ihr assoziierten Werte, Ideale, Riten und Praktiken den außenpolitischen Entscheidungsprozess beeinflussen und gleichzeitig die Außenpolitik auf die politische Kultur im Innern zurückwirkt<sup>54</sup>.

## 2. Versöhnung: ein Konzept mit vielen Facetten

### 2.1 Eine historische Annäherung

„Eidliche Abmachungen zur Versöhnung, in der Not einander geleistet, galten für den Augenblick, wenn beide Seiten sich anders nicht zu helfen wussten“. Die hier von Thukydides (3,82,7) beschriebenen antiken Versöhnungen waren oft nicht mehr als Waffenstillstände, die meist schon wieder schnell gebrochen wurden. Dauerhafter Friede und friedliches Zusammenleben waren jedoch die Ziele nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und lagen auch dem 2009 von der UNO proklamierten

<sup>51</sup> Vgl. Paul MUNZINGER, Herero in Deutsch-Südwestafrika. Der andere Völkermord, in: Süddeutsche Zeitung, 28.4.2015.

<sup>52</sup> Jürgen ZIMMERER, Mit aller Macht die Augen verschließen – das ist beschämend, in: taz, 9.7.2015.

<sup>53</sup> Edgar WOLFRUM, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 14.

<sup>54</sup> Vgl. zum Verhältnis von politischer Kultur und Außenpolitik: Gunther HELLMANN u.a., Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung, Wiesbaden 2014, S. 193ff.

internationalen Jahr der Versöhnung zugrunde. Drei Jahre später wurde der Europäischen Union der Friedensnobelpreis verliehen, weil sie mit ihrer Arbeit zur Versöhnung auf dem europäischen Kontinent beigetragen habe.

Diese Beispiele geben erste Anhaltspunkte zu den historischen und aktuellen Dimensionen eines Begriffes, der über die Jahrhunderte viele Wandlungen erlebte. Nach dem Ersten Weltkrieg benutzten ihn u.a. die pazifistischen und konfessionellen Bewegungen, aber auch internationale Organisationen wie der Völkerbund und verschiedene Regierungen, die Initiativen zur Annäherung und Verständigung zwischen den Völkern angestoßen hatten. Neben „Versöhnung“ wurden auch „moralische Abrüstung“, „internationaler Ausgleich“ und „Befriedung der Geister“ verwendet. Es war somit kein Zufall, dass in zwei hintereinander folgenden Jahren Akteure der deutsch-französischen Annäherung aus der politischen Sphäre (Aristide Briand und Gustav Stresemann, 1926) und aus der Zivilgesellschaft (Ferdinand Buisson und Ludwig Quidde, 1927) den Friedensnobelpreis erhielten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde einzig in den konfessionellen Kreisen noch von „Versöhnung“ gesprochen, nicht zuletzt infolge der religiösen Aufladung des Begriffes. Ansonsten verschwand der Begriff aus dem Sprachgebrauch. Deutsche und französische Diplomaten vermieden ihn vorerst. Ein Grund dafür war vermutlich, dass die deutsch-französische und auch die Versöhnung in Europa in der Zwischenkriegszeit nur oberflächlich geblieben war und weder den Aufstieg des Nationalsozialismus noch den Zweiten Weltkrieg hatte verhindern können<sup>55</sup>. Zudem geriet der Begriff wohl in den Hintergrund, weil ihn die Nationalsozialisten und andere faschistische Milieus ab Anfang der 1930er Jahre instrumentalisierten, um die Kooperation zwischen NS-Deutschland und seinen Nachbarn und ab 1939/40 die Kollaboration in einem von Deutschland dominierten Europa zu rühmen<sup>56</sup>. Die Diskreditierung des Konzepts war schließlich so weit gediehen, dass die britische Armee ihre Soldaten im April 1945 mit Plakaten

---

<sup>55</sup> Vgl. Hans Manfred BOCK, *Versöhnung oder Subversion? Deutsch-französische Verständigungs-Organisationen und -Netzwerke der Zwischenkriegszeit*, Tübingen 2014; Jean-Michel GUIEU, *Le rapprochement franco-allemand dans les années 1920. Esquisse d'une véritable réconciliation ou entente illusoire?*, in: *Cahiers SIRICE* 15 (2016) 1, S. 25-40.

<sup>56</sup> Vgl. Gustave HERVÉ, *La réconciliation franco-allemande ou la guerre*, Paris 1931.

vor der „Gefahr der Versöhnung“ („danger of reconciliation“) warnte, damit sie nicht das Verbot der Fraternalisierung vergaßen.

Statt des Versöhnungsbegriffs wurden in den ersten zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem Begriffe wie „Annäherung“ und „Verständigung“ gewählt, die die Wiederaufnahme der Kontakte mit Deutschland beschrieben und neutraler zu sein schienen. In seiner berühmten Zürcher Rede vom 19. September 1946, die heute allgemein als ein erstes Plädoyer für eine „deutsch-französische Versöhnung“ gelesen wird, spricht der britische Premierminister Winston Churchill etwa von „Franco-German Partnership“.

Erst Ende der 1950er Jahre tauchte der Begriff wieder vorsichtig in offiziellen diplomatischen Dokumenten auf. Politische und öffentliche Weihe erfuhr er schließlich durch General de Gaulle, der vor der Kathedrale von Reims eine Bodenplatte einweihte, auf der zu lesen ist, dass er bei der heiligen Messe am 8. Juli 1962 gemeinsam mit Bundeskanzler Konrad Adenauer die deutsch-französische Versöhnung „besiegelt“ habe.

Wurde der Begriff in der Folge auch häufiger verwandt, so erlebte er erst Ende der 1980er Jahre seinen eigentlichen Durchbruch, den er nicht zuletzt Impulsen aus der Gegenwart verdankte. Diese Entwicklung ging zum einen einher mit der Überwindung der Apartheid in Südafrika und dem Umgang mit ihr (Einrichtung einer Wahrheits- bzw. Versöhnungskommission ab 1995), zum anderen mit der Versöhnungspolitik in Ruanda. In beiden Fällen wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um das Verhältnis zwischen Justiz und Versöhnung zu überdenken<sup>57</sup>. Ergebnis war seit Mitte der 1990er Jahre die Herausbildung einer „Übergangsjustiz“ („Transitional justice“)<sup>58</sup>, deren Ziel die Wiederaufnahme des Dialogs und die Versöhnung ist, die sich dabei nicht alleine

---

<sup>57</sup> Vgl. Philippe MOREAU DEFARGES, *Repentance et réconciliation*, Paris 1999; Frank R. PFETSCH, *Globale Wandlungen im Konflikt- und Kriegsgeschehen. War das 20. Jahrhundert ein kriegerisches?*, in: Rüdiger VOIGT (Hg.), *Krieg – Instrument der Politik?*, Baden-Baden 2002, S. 223-239; José BRUNNER, Constantin GOSCHLER und Norbert FREI (Hg.), *Die Globalisierung der Wiedergutmachung. Politik, Moral, Moralpolitik*, Göttingen 2013.

<sup>58</sup> Vgl. Gerhard WERLE (Hg.), *Justice in transition – Prosecution and amnesty in Germany and South Africa*, Berlin 2006; Christine BELL, *Transitional Justice. Interdisciplinarity and the State of the ‘Field’ or ‘Non-Field’*, in: *The international Journal of Transitional Justice* 3 (2009), S. 5-27; Siegmund SCHMIDT, Gert PICKEL und Susanne PICKEL (Hg.), *Amnesie, Amnestie oder Aufarbeitung? Zum Umgang mit autoritären Vergangenheiten und Menschenrechtsverletzungen*, Wiesbaden 2009.

auf die traditionellen Instrumente der klassischen Justiz wie Prozesse, Bestrafung der Hauptverantwortlichen, Rückgaben und Reparationen (retributive Justiz – Wiedergutmachung) beschränkt, sondern genauso symbolisch-performative Handlungen vorsieht wie etwa die Anerkennung des Verbrechens, die Schuldklärung, die Bitte um Entschuldigung und Vergebung sowie Gedenkfeiern (restaurative Justiz – Wiederherstellung). Über die Verantwortung der politischen Führer hinaus warf dieser Ansatz zum einen die Frage nach der Beteiligung von Gesellschaften an Verbrechen auf, zum anderen eröffnete er die Möglichkeit, Gesellschaften wieder zu „zivilisieren“ bzw. zu demokratisieren. Dass die Fragen überhaupt gestellt werden, zeigt bereits, dass unsere Gesellschaften und internationalen Organisationen die Menschenrechte ernstnehmen und auf Rechtsverstöße reagieren<sup>59</sup>.

Für Europa stellten sich diese Fragen nach der Überwindung des Kalten Krieges. Bis Anfang der 1990er Jahre hatten die Staaten dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges keine wirkliche Gelegenheit zu tiefgreifenden Versöhnungsprozessen gehabt. Die Länder des ehemaligen Ostblocks, deren Beziehungen auf dem ideologischen Postulat des „proletarischen Internationalismus“ und der „sozialistischen Völkerfreundschaft“ beruhten, hatten für sich per Definition keinen Anlass zur Versöhnung gesehen, so dass ihre häufig aus der (Zwischen-)Kriegszeit resultierenden Konflikte und ihre Divergenzen eingefroren blieben. Das Auftauen dieser Beziehungen nach dem Zerfall des sowjetischen Imperiums trieb sie dann aber wieder an die Oberfläche, was u.a. im zerfallenden Jugoslawien einen „heißen Krieg“ zur Folge hatte. Seine Konsequenzen waren für das Verhältnis zwischen den Völkern so verheerend, dass sie nach der militärischen Auseinandersetzung erst wieder lernen mussten, friedlich zusammen zu leben.

Indem sich Medien, Politiker und Regierende sowie Vereinigungen aus der Zivilgesellschaft regelmäßig auf „Versöhnung“ beriefen, jede Geste oder Initiative schnell als „Symbol der Versöhnung“ bezeichnet wurde, sich der Druck auf Gesellschaften verstärkte, Versöhnung als oberstes Ziel zu deklarieren und ihr damit ein normativer Wert zugeschrieben wurde, wuchs immer

---

<sup>59</sup> Birgit SCHWELLING, *Transnational civil society's contribution to reconciliation*, in: DIES. (Hg.), *Reconciliation, civil society, and the politics of memory. Transnational initiatives in the 20th and 21st century*, Bielefeld 2012, S. 7-21.

mehr Kritik an diesem Begriff. Die Einen sprachen von „Versöhnungskitsch“<sup>60</sup>, die Anderen sahen in ihr eine Gefahr für die Justiz<sup>61</sup>.

Die Etymologie des Wortes „Versöhnung“ in den verschiedenen europäischen Sprachen deutet auf unterschiedliche Konzepte und Beziehungen zwischen den Akteuren des Versöhnungsprozesses hin. In den romanischen Sprachen und im Englischen bedeutet *ré-* oder *re-conciliation* die Rückkehr zur Eintracht, zur Verständigung und zum Frieden. Im Griechischen bedeutet *symphilio* sich unter Freunden zu treffen, sowohl in den privaten wie in den sozialen Beziehungen; im Polnischen meint *pojednanie* die Wiederherstellung der Einheit, während im Tschechischen und Slowakischen *smíření* die Wiederherstellung von Frieden in den Beziehungen zwischen zwei Konfliktparteien zum Ausdruck bringt. Die Grundideen sind folglich ähnlich und lassen sich mit Annäherung, Freundschaft, Einigkeit, Frieden umschreiben, die alle einen wechselseitigen Prozess suggerieren und deren Zweck es ist, das friedliche Zusammenleben zu retablieren.

Im Hebräischen verweist *Kapar* ebenfalls auf Sühne und Vergebung (*Yom Kippour* = der Tag der Versöhnung) und bekommt damit eine religiöse Dimension, bei der die Beziehung – zwischen dem der sühnt und dem der vergibt – von einer tiefen Asymmetrie bestimmt ist, selbst wenn das Ziel ein Ausgleich zwischen den beiden Protagonisten ist.

In der deutschen Sprache geht das Verb *versöhnen* auf die mittelhochdeutsche Variante *versüenen* zurück und lässt noch seine direkte etymologische Verbindung zu „Sühne“ erkennen, mit der in der Religionswissenschaft der Versuch beschrieben wird, das durch Sünde gestörte Verhältnis zwischen Mensch und Gott wieder herzustellen. Während Luther bei der Übersetzung des Neuen Testaments noch gelegentlich den Aspekt der Schuldtilgung (*versuenen*) von *versoenen* als dem dadurch erzielten Effekt unterschied, wurde diese Differenzierung im deutschen Sprach-

<sup>60</sup> Klaus BACHMANN, Die Versöhnung muss von Polen ausgehen, in: taz, 5.8.1994.

<sup>61</sup> Anne K. KRÜGER, From Truth to Reconciliation. The Global Diffusion of Truth Commissions, in: SCHWELLING, Reconciliation (Anm. 59), S. 339-367, hier S. 366.

gebrauch mittlerweile eingegeben, so dass das objektive Moment der wiedergutmachenden Ersatzleistung zurückgedrängt ist<sup>62</sup>.

## 2.2 Eine definitorische Annäherung

Der russische Kinderbuchautor Samuil Marschak (1887-1964) betrachtete einst einige sechs- oder siebenjährige Kinder beim Spielen und verarbeitete diese Beobachtung 1957 in einem Gedicht. „Was spielt Ihr?“ fragte er. Die erste Antwort: „Wir spielen Krieg!“ Marschak: „Ihr solltet lieber Frieden spielen!“ Die Kinder: „Das ist eine gute Idee!“ Plötzlich Schweigen, ein Kind fragte: „Großväterchen, wie spielt man Frieden?“ Wenden wir diese Geschichte auf die Erwachsenenwelt, so stellt sich mit dem Blick auf die internationalen Beziehungen und gesellschaftliche Prozesse eher die Frage, wie Frieden und Versöhnung gelingen und das friedliche Zusammenleben von Menschen gesichert werden kann.

„Versöhnung heißt die aufrichtige und von Herzen kommende Herstellung von Friede und Freundschaft zwischen in Unfrieden und verderblichen Hader gerathenen Menschen und setzt die gegenseitige Verzeihung der einander vorher vielleicht angethanen Unbilden voraus“, so lautet die Definition in dem vierbändigen „Bilder-Conversations-Lexikon für das deutsche Volk“ des Brockhaus-Verlages aus dem Jahre 1841. Kürzer drückte es 1997 die nordirische Friedensnobelpreisträgerin Mairead Maguire aus, die sich bis heute für Versöhnungsprozesse engagiert: „It’s all about making friends!“<sup>63</sup>. Sich „Freunde machen“ und „Frieden stiften“ sind sicherlich nicht das Gleiche, doch beschreibt Maguire mit ihrer kurzen Definition eine Qualität von Frieden, bei der aus dem ehemaligen Feind ein neuer Freund, aus dem ehemaligen „Erbfeind“ ein „Erbfreund“ werden können, wie es in der Meistererzählung von der deutsch-französischen Aussöhnung nach 1945 regelmäßig wiederholt wird<sup>64</sup>. Versöhnung als Transformation

<sup>62</sup> Das im deutschen Sprachgebrauch dominierende säkulare Verständnis von „Versöhnung“ wirft für die konkrete Situation der deutschen Nachkriegsgesellschaft die Frage auf, ob neben der so oft beschworenen „Unfähigkeit zu trauern“ nicht auch eine oft zu beobachtende „Unfähigkeit zu sühnen“ die Versöhnung behinderte.

<sup>63</sup> Mairead MAGUIRE, „Eröffnungsrede“ der Konferenz „Youth Ways out of Conflict“, Belfast (November) 1997.

<sup>64</sup> Vgl. Corine DEFANCE, Construction et déconstruction du mythe de la réconciliation franco-allemande au XX<sup>e</sup> siècle, in: Ulrich PFEIL (Hg.), Mythes et tabous des relations

eines „negativen Friedens“ im Sinne der Abwesenheit von Gewalt in einen „positiven Frieden“ mit seinen Formen gelingenden Lebens zwischen Menschen, Gesellschaften und Staaten: Das weckt wohlklingende Konnotationen, suggeriert im persönlichen wie im politischen Leben Friedenssehnsucht und ist nicht zuletzt deshalb im Imaginären verankert, weil die Definition vage bleibt<sup>65</sup>: „Sie ruft Bilder wach, die die Wiedervereinigung des Getrennten, die Aufhebung von Entfremdung, die Lösung von Konflikten und die Entstehung neuer, intakter Gemeinschaft zum Inhalt haben“<sup>66</sup>.

Schon diese wenigen Zitate deuten daraufhin, dass der in der Alltagssprache oft gebrauchte Begriff *Versöhnung* politische, religiöse, philosophische und psychologische Dimensionen hat. So ist Versöhnung einerseits verwandt mit den Begriffen *Sühne*, *Reue*, *Vergebung* und *Verzeihung*, unterscheidet sich aber zugleich von ihnen<sup>67</sup>. Jeder wird zugestehen, dass sich Versöhnung aus einem moralischen Imperativ ergeben, eine pragmatische Vorgehensweise sein kann, Opfer und Täter in eine Beziehung setzt (was aber z.B. nach den Konflikten in Nordirland und Jugoslawien schwer zu definieren war<sup>68</sup>), einen asymmetrischen Prozess darstellt zwischen jenen, die ihren Fehler oder ihr Verbrechen eingestehen, sich entschuldigen oder um Vergebung bitten, und jenen, die Vergebung gewähren oder auch ablehnen können, um neue Beziehungen nach einem Konflikt zu knüpfen.

In der Politik- und Geschichtswissenschaft hat sich mittlerweile ein Versöhnungsbegriff etabliert, der diese Prozesse als eine spezifische Form von sozialen Beziehungen beschreibt, in

---

franco-allemandes au XX<sup>e</sup> siècle, Bern 2012, S. 69-85; DIES., Die Meistererzählung von der „Versöhnung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2013) 1/3, S. 16-22.

<sup>65</sup> Hierauf verweist auch: SCHWELLING, Transnational civil society's contribution to reconciliation (Anm. 59).

<sup>66</sup> Hans-Richard REUTER, Ethik und Versöhnung. Prinzipielles zu einem aktuellen Thema, in: Gerhard BEESTERMÖLLER, Hans-Richard REUTER (Hg.), Politik der Versöhnung, Stuttgart 2002, S. 15-36, hier S. 15.

<sup>67</sup> Frédéric ROGNON, Expiation, repentance, pardon et réconciliation: concepts religieux et valeurs des sociétés européennes contemporaines, in: Cahiers SIRICE 15 (2016) 1, S. 15-23; Sandrine LEFRANC, Politiques du Pardon, Paris 2002.

<sup>68</sup> Elise FÉRON, L'horizon fuyant de la réconciliation. L'Irlande du Nord entre rapprochement et cristallisation des oppositions, in: Cahiers SIRICE 15 (2016) 1, S. 67-82; Nicolas MOLL, „La réconciliation ne peut pas être imposée de l'extérieur“: la difficile interaction entre l'international et le local dans le champ de la réconciliation en ex-Yougoslavie, in: Cahiers SIRICE 15 (2016) 1, S. 83-98.

die nicht nur Individuen einbezogen sind, sondern auch zwei und mehr Gesellschaften bzw. Regierungen. Versöhnung gilt somit zum einen als innerstaatliche Aufgabe in einem gesellschaftlichen Transformationsprozess nach einem Regimewechsel bzw. nach einem Bürgerkrieg, zum anderen als eine grenzübergreifende Aufgabe in einem Prozess der *post-conflict-peace-keeping/-building*. John Horne spricht in diesem Zusammenhang von „Normen eines ‚zivilisierten‘ Verhaltens“, die es über die Demobilisierung von Kriegsmentalitäten, den Abbau von Feindbildern und die Suche nach einer Verständigungsgrundlage zu erreichen gilt<sup>69</sup>. Christiane Wienand fasst daran anschließend Versöhnung auf als „politische, gesellschaftliche und kulturelle Prozesse, die nach einer konflikthafter Vergangenheit ein friedvolles Miteinander in Gegenwart und Zukunft herzustellen suchen“<sup>70</sup>.

Erweitern wir diese Erklärungsansätze durch kulturgeschichtliche Fragestellungen, dann lässt sich Versöhnung als ein Prozess sich wandelnder Emotionen und Gefühlshaltungen mit politischen und sozio-kulturellen Komponenten verstehen. Versöhnung ist demnach ein Produkt bewussten Handelns und Wirkens, von in Sozialisationsprozessen gemachten Erfahrungen, eine kulturelle Konstruktion, ein Erzeugnis von Diskursen, von Gesten als affektivem Ausdruck von Gefühlen und anderer symbolischer Praxen, die sich nur unter bestimmten Bedingungen entwickeln und signifikant werden. Der Straßburger Theologe Frédéric Rognon kommt zu dem Schluss:

„Versöhnung ist gleichbedeutend mit einer neuen Beziehung: die Worte reichen nicht, selbst die Verpflichtung nicht, nicht wieder anzufangen. Es braucht eine Geste, ein Verhalten, eine materielle oder symbolische Reparation, und eine wirkliche Neuaufnahme der Beziehungen. Mit anderen Worten ist Versöhnung eine Vergebung, die im Handeln und nicht alleine nur durch Worte zum Ausdruck kommt“<sup>71</sup>.

Versöhnung stellt darüber hinaus einen Erwartungshorizont her, einen anzustrebenden Zustand, wie Juan Gutierrez unter-

---

<sup>69</sup> John HORNE, *Guerres et réconciliations européennes au 20<sup>e</sup> siècle*, in: *Vingtième siècle. Revue d'histoire* 104 (2009) 4, S. 3-15, hier S. 8; vgl. auch Corinna HAUSWEDDEL (Hg.), *Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945*, Essen 2006.

<sup>70</sup> Christiane WIENAND, *Versöhnung*, in: Nicole COLIN, Corine DEFANCE, Ulrich PFEIL, Joachim UMLAUF (Hg.), *Lexikon der deutsch-französischen Kulturbeziehungen nach 1945*, Tübingen 2015, S. 475f; Sandrine LEFRANC (Hg.), *Après le conflit, la réconciliation?*, Paris 2006.

<sup>71</sup> ROGNON, *Expiation* (Anm. 67)



streicht: „Der Versöhnungshorizont dekonstruiert den Gegner als solchen und eröffnet eine symbolische, zukunftsorientierte Kommunikation mit ihm“<sup>72</sup>. Dies geschieht in der Regel – und das gilt gerade auch für die Beiträge dieses Bandes – in einem Prozess, bei dem sich zwei nicht zwangsläufig symmetrische Seiten annähern, bisweilen in einem schwierigen, mit Hindernissen gepflasterten Verlauf.

Gleichzeitig verweisen die sprachlichen Kontexte von Versöhnung darauf, dass diese nicht als ein Zustand oder ein einmaliger Akt zu verstehen ist, sondern in politischer und gesellschaftlicher Perspektive als ein zielgerichtetes dynamisches Arbeiten zwischen kommunizierenden Menschen, in dem ständig eine Vielzahl unterschiedlicher sachlicher, sozialer und normativer Orientierungen auszuhandeln sind<sup>73</sup>. So wie Immanuel Kant bereits in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ 1795 darauf hinwies, dass der Friedenszustand unter Menschen, die nebeneinander leben, kein Naturzustand sei und gestiftet oder durch Menschen gesteuert werden müsse, so ist auch Versöhnung als ein langwieriger Vorgang zu verstehen, der über Struktur- und Einstellungsveränderungen sowie den Aufbau von neuen vertrauensbildenden Beziehungen schließlich zum Ziel führen kann.

Versöhnung ist folglich nicht mit einer Vision von Harmonie und spannungsfreiem Nebeneinander zu verwechseln, denn sie beruht genauso wenig wie Konsens auf vollkommener Übereinstimmung. Wenn wir nun Außenpolitik als das Ergebnis eines dynamisch-interaktionellen Prozesses wechselseitiger Anpassung und Einwirkung auf internationaler wie auf innenpolitischer Ebene verstehen, in dem ein Staat grundlegende Ziele und Werte in Konkurrenz zu denen anderer Staaten zu realisieren versucht<sup>74</sup>, dann erscheint es auch für das Feld der internationalen Beziehungen sinnvoll, den soziologisch bzw. sozialpsychologisch

---

<sup>72</sup> Juan GUTTIERREZ, Friedens- und Versöhnungsarbeit. Konzepte und Praxis. Unterwegs zu einer dauerhaften, friedensschaffenden Versöhnung, in: Jörg CALLIESS (Hg.), *Agenda for Peace: Reconciliation/Agenda für den Frieden: Versöhnung* (Loccumer Protokolle 55/98), Rehburg-Loccum 1999, S. 152-196, hier S. 183.

<sup>73</sup> Vgl. Wolfgang VÖGELE, *Versöhnung – Neutralität – Erinnerung*, in: BEESTERMÖLLER, REUTER (Hg.), *Politik der Versöhnung* (Anm. 66), S. 155-168, hier S. 156.

<sup>74</sup> Helga HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945-2000*, Stuttgart 2001, S. 13.

definierten Konsensbegriff für Versöhnung fruchtbar zu machen, um idealistischen Konnotationen auf diese Weise zu begegnen:

„Der Konsens läßt sich so als das Einverständnis definieren, das Interaktionspartner erreichen, indem jeder sein Handeln auf die von ihm erwarteten Reaktionen der anderen Partner einzustellen versucht. Wie diese Definition verdeutlicht, ist der Konsens [...] in der Regel durch eine wechselseitige Koordinierung auch unterschiedlicher Handlungsorientierungen gekennzeichnet [...]. Er ist in hohem Maße vom sozialen Beziehungsgefüge, von der Dauer und Dichte der Interaktionen und Kommunikation und von der Häufigkeit ähnlicher Interaktionsprozesse abhängig“<sup>75</sup>.

Da praktizierte Versöhnung im transnationalen Kontext als ein dynamischer Prozess ohne Endgültigkeit verstanden werden kann, geht es folglich auch nicht um die Suche nach dem perfekten Frieden, sondern um die Identifizierung von Abweichungen und Dissonanzen und deren Überwindung in einem kooperativen Rahmen.

### **2.3 Versöhnung: ein emotionsgeschichtlicher Ansatz in der Geschichte der internationalen Beziehungen**

Grenzüberschreitende Versöhnungsprozesse sind stets in den multilateralen Rahmen der internationalen Beziehungen eingebunden, der die verschiedenen Parteien dazu zwingt, sich miteinander in Beziehung zu setzen und ein Umfeld für die Entwicklung gemeinsamer Interessen zu schaffen<sup>76</sup>. Wie die Beiträge dieses Bandes unterstreichen, überwinden sie die Grenze zwischen innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Entwicklungen, aber auch zwischen internationalen und transnationalen Entwicklungen. Sie haben das Potential, die „moderne Politikgeschichte“ mit neuen Facetten zu versehen und gleichzeitig eine transnationale Geschichtsschreibung zu bereichern, die vorrangig Vergleichs-, Verflechtungs-, Verknüpfungs- und Transferprozesse in den Blick nimmt<sup>77</sup>. Durch die Zusammenführung von Kultur-, Sozial- und

---

<sup>75</sup> Günter C. BEHRMANN, Konsens und Konflikt, in: Wolfgang W. MICKEL (Hg.), Handlexikon zur Politikwissenschaft, München 1986, S. 253-259, hier S. 254f. Folgendes Zitat auf S. 257.

<sup>76</sup> Vgl. den anregenden Band von Jürgen OSTERHAMMEL, Wilfried LOTH (Hg.), Internationale Geschichte. Themen, Ergebnisse, Aussichten, München 2000.

<sup>77</sup> Vgl. Philipp GASSERT, Transnationale Geschichte, 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 29.10.2012; [http://docupedia.de/zg/Transnationale\\_Geschichte\\_Version\\_2.0\\_Philipp\\_Gassert?oldid=106481](http://docupedia.de/zg/Transnationale_Geschichte_Version_2.0_Philipp_Gassert?oldid=106481); Margrit PERNAU, Transnationale Geschichte, Göttingen 2012.

Politikgeschichte wird der Blick für die kulturellen und gesellschaftlichen Faktoren geschärft, die Außenpolitik und auch Versöhnungsprozesse vorstrukturieren. Mit der für Beziehungsgeschichten so typischen Interaktion über Zivilisationsgrenzen hinweg treten die exogenen Einflüsse und ihre Prägungen für die jeweilige Gesellschaft in den Fokus, um schließlich Antworten auf die Frage zu geben, auf welche Weise die emotionalen, mentalen und intellektuellen Transformationen Eingang in die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn nach 1945 gefunden haben<sup>78</sup>.

Die letzte Bemerkung verweist zudem auf das emotionsgeschichtliche Potential, das der Historisierung von Versöhnungsprozessen zu Grunde liegt<sup>79</sup>. „Zwischen Staaten gibt es keine Freundschaft, sondern nur Interessen“, soll der französische Staatspräsident Charles de Gaulle einmal gesagt haben. Trotz dieser Überzeugung strebte der General nach seiner Rückkehr an die Macht 1958 nach einer deutsch-französischen „Versöhnung“<sup>80</sup>, was schließlich in die Unterzeichnung des deutsch-französischen „Freundschaftsvertrages“ vom 22. Januar 1963 mündete. Wie wenige andere Staatsmänner seiner Zeit wusste de Gaulle auf der Klaviatur der Emotionen zu spielen, ließ in seine Gesten und Reden Begriffe wie Sympathie, Vertrauen und Versöhnung einflechten, zeigte Empathie und wusste um die mediale Kraft vertrauensstiftender Bilder. Gerade die deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 unterstreichen die These, dass Emotionen und Interessen in den internationalen Beziehungen nicht gegeneinander auszuspielen sind<sup>81</sup>. Vielmehr sind die von Emotionen mitgesteuerten Überzeugungen, Werte, Normen und Identitäten integraler Bestandteil rationalen und interessegeleiteten Handelns,

---

<sup>78</sup> Vgl. auch: Bernard LUDWIG, Andreas LINSENMANN (Hg.), *Frontières et réconciliation = Grenzen und Aussöhnung. L'Allemagne et ses voisins depuis 1945*, Brüssel 2011.

<sup>79</sup> Vgl. Ute FREVERT, Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 35 (2009) 2, S. 183-208; Daniela SAXER, Mit Gefühl handeln. Ansätze der Emotionsgeschichte, in: *Traverse* 2 (2007), S. 13-26.

<sup>80</sup> Vgl. Alain PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. 1: *La France redevient la France*, Paris 1994, S. 153.

<sup>81</sup> Vgl. für den Angstbegriff: Bernd GREINER, Christian Th. MÜLLER, Dirk WALTER (Hg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009; Patrick BORMANN, Thomas FREIBERG, Judith MICHEL (Hg.), *Angst in den Internationalen Beziehungen*, Göttingen 2010; Wilfried LOTH, *Angst und Vertrauensbildung*, in: Jost DÜLFER, DERS. (Hg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012, S. 29-46.

die auch bei historischen Studien zu Versöhnungsprozessen als dynamische und konstruktivistische Faktoren mitgedacht werden müssen<sup>82</sup>.

Emotionen stützen sich in der politischen Kommunikation auf Medien, die sie verbreiten und politische Botschaften verstärken. Gerade in den Zeiten globalisierter medialer Vernetzung übernehmen sie aber nicht alleine die Funktion einer Bühne für politische Prozesse, „sondern sie greifen durch die ihnen eigenen Auswahl- und Rahmungsentscheidungen auch performativ ein“<sup>83</sup>. Ausgehend von der Theorie von Sprache als sozialer Praxis müssen daher auch in den Studien zu Versöhnung performative Sprechakte unter die Lupe genommen werden, welche die Beziehung zwischen den Akteuren und die soziale Wirklichkeit verändern, so dass sie Verständigung und Versöhnung konkretisieren helfen. Über ihr genuines Zeichensystem und ihre spezifischen kommunikativen Kanäle können sie soziale Verhältnisse konstruieren, so dass Emotionen über Medien nicht alleine zum Ausdruck kommen, sondern zugleich gemacht werden. In Anlehnung an eine französische Redewendung lässt sich daher sagen: „Dire la réconciliation, c’est déjà un peu la faire“. Damit markiert „Versöhnung“ auch in den internationalen Beziehungen einen Erwartungshorizont, der in Anlehnung an Philipp Gassert „als eine Option für die Politik verstanden werden [sollte], über wünschbare politische Entwicklungen zu sprechen und Präferenzen zu kommunizieren“<sup>84</sup>.

Darüber hinaus ist Versöhnung zum einen ein wissenschaftliches Feld, das aufgrund seines inter- und transdisziplinären Charakters Theologen, Philosophen, Psychologen, Soziologen, Politologen und Historiker in ihren Institutionen und Projekten zusammenführt. Sie ist zum anderen eine Praktik der internationalen Beziehungen,

---

<sup>82</sup> Vgl. Reinhild KREIS, Arbeit am Beziehungsstatus. Vertrauen und Misstrauen in den außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland, in: DIES. (Hg.), *Diplomatie mit Gefühl. Vertrauen, Misstrauen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin u.a. 2015, S. 7-16, hier S. 8f.

<sup>83</sup> Ute FREVERT, *Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen*, in: DIES., Heinz-Gerhard HAUPT (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt/M. 2005, S. 7-26, hier S. 19; vgl. auch Frank BÖSCH, *Europäische Medienereignisse*, Mainz 2010, in: *Europäische Geschichte Online (EGO)*; <http://www.ieg-ego.eu/boeschf-2010-de> [30.9.2015].

<sup>84</sup> Philipp GASSERT, „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken“. Überlegungen zu einem Zentralbegriff westdeutscher Außenpolitik, in: KREIS (Hg.), *Diplomatie mit Gefühl* (Anm. 82), S. 17-31, hier S. 31.

mit ihren Institutionen, Experten, Best-Practice-Techniken, die in der ganzen Welt zirkulieren<sup>85</sup>. Dabei sind die Interaktionen zwischen den Praktikern und den Forschern vielfältig, auch wenn die Ziele der Einen und Anderen unterschiedlich bleiben<sup>86</sup>.

## 2.4 Versöhnung und Erinnerung

Nach einem Konflikt muss es das Ziel von Versöhnung sein, in der Gegenwart zusammen zu leben oder sogar in der Zukunft zu kooperieren. Die beteiligten Akteure sind dabei mit den verschiedenen Zeitlichkeiten und der Herausforderung konfrontiert, einen gemeinsamen produktiven Umgang mit der Vergangenheit einzuleiten. Regierungen, Gesellschaften und Individuen haben unterschiedliche Antworten auf diese Frage gegeben. Sie reichen von Schlussstrichmentalität bzw. Amnesie (Verdrängung und Vergessen) bis zu einem Übermaß an Erinnerung (Hypermnese). Dabei zeigen die verschiedenen Beiträge dieses Bandes, wie Gesellschaften verschiedene Stadien zu unterschiedlichen Momenten sowohl intern als auch in ihren Beziehungen zum Nachbarn durchlaufen können.

Sie verweisen darüber hinaus auf die Tatsache, dass Erinnerung als der bewusste Teil der Beziehung des Menschen zu seinen individuellen Erfahrungen im Allgemeinen ein wesentlicher Bestandteil von politischen und gesellschaftlichen Versöhnungsprozessen ist. Im Mittelpunkt der Gedenkarbeit steht dabei in der Regel das Opfer, wird ihm durch die öffentliche Anerkennung des Leids doch zumindest ein Teil seiner Würde zurückgegeben. Problematisch wird es hingegen, wenn es zu einem Wettbewerb um die Anerkennung des Opferstatus‘ bzw. zu einer Opferhierarchie kommt, denn durch den „identitätspolitischen Gebrauch von Erinnerungen“<sup>87</sup> werden auch Versöhnungsprozesse gebremst, wie nicht zuletzt das Beispiel Oradour in diesem Band zeigt.

Schmerzhaft und konfliktbeladen kann auch die Erinnerung bei den Tätern sein, die sich gerade in Deutschland nach 1945 in verschiedenste Formen der Selbstviktimisierung begaben und ihr eigenes Leid betonten, um von ihrer Verantwortung abzu-

<sup>85</sup> SCHWELLING, *Transnational Civil Society's Contribution* (Anm. 69), S. 10.

<sup>86</sup> GARDNER FELDMAN, *Germany's Foreign Policy* (Anm. 39).

<sup>87</sup> Aleida ASSMANN, *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*, München 2013, S. 143.

lenken. Sie profitierten dabei von der allgemeinen Tendenz zum Vergessenwollen, doch als in den 1960er Jahren das Schweigen aufbrach, und Fragen nach Mittäterschaft und Mitwisserschaft gestellt wurden, gerieten auch bei den Tätern festgefügt scheinende Identitäten in Bewegung<sup>88</sup>.

Dieser Befund wirft wiederum die Frage nach den jeweiligen Etappen der Versöhnung auf: Gibt es das „friedewirkende Vergessen<sup>89</sup>“ und Vergeben oder ist Erinnerung das viel beschworene Geheimnis der Erlösung, damit die Vergangenheit nicht zu einer belastenden *passé qui ne passe pas* (Henry Rousso) wird? In welchem Zusammenhang stehen *innergesellschaftliche* Aussöhnungsprozesse und öffentliche Diskussionen über die eigene Vergangenheit zu einem transnationalen Prozess *zwischen*gesellschaftlicher Aussöhnung? Ist es notwendig oder sogar erstrebenswert, sich umgehend in einem gemeinsamen Lernprozess mit den schmerzhaftesten Aspekten der traumatischen Vergangenheit zu beschäftigen<sup>90</sup> oder bedarf es vorher vertrauensbildender Maßnahmen? Geschieht dieser *walk through history* nicht, wann wird es dann unumgänglich, eine andauernde, dynamische Konfrontation mit dem ganzen Erbe der Vergangenheit zu beginnen und welche Modalitäten bieten sich an, um diese Erinnerungsarbeit zu leisten? Auf welche Weise kann es gelingen, eine Geschichtskultur zu entfalten, in der die individuellen und die kollektiven Erinnerungen immer weniger verdrängt werden, ohne dass sie sich zu einer neuen Quelle des Hasses und der Feindschaft entwickeln?

Darüber hinaus erscheint es bei Versöhnungsprozessen in ihren politischen Dimensionen und historischen Kontexten wichtig zu sein, der Natur des Verbrechens auf den Grund zu gehen. Kann

---

<sup>88</sup> Vgl. zu Erinnerungsmedien und -formen und ihre Bedeutung für Identitäten: Aleida ASSMANN, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*, München 1999; Lutz NIETHAMMER, *Kollektive Identität. Heimliche Quelle einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek 2000.

<sup>89</sup> Edgar Wolfrum weist darauf hin, dass Vergessensformeln und Amnestieklauseln bis Anfang des 20. Jahrhunderts grundlegende Bestandteile von Friedensverträgen gewesen waren, aber weder im Versailler Vertrag noch 1945 in Bezug auf Deutschland zur Anwendung kamen; vgl. Edgar WOLFRUM, *Krieg und Frieden in der Neuzeit. Vom Westfälischen Frieden bis zum Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2003, S. 120; vgl. aus soziologischer Sicht: Oliver DIMBATH, Peter WEHLING (Hg.), *Soziologie des Vergessens. Theoretische Zugänge und empirische Forschungsfelder*, Konstanz 2011.

<sup>90</sup> Vgl. Christian MEIER, *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*, München 2010.

alles verziehen werden? Diese Frage ist wesentlich, weil die Bitte um Vergebung an ein Opfer oder an seine Nachfahren – die u.U. nicht in der Lage sind zu verzeihen – einen unerträglichen psychologischen Druck schaffen könnte, besteht doch die Gefahr, dass eine misslungene Versöhnung dem Opfer angelastet werden könnte<sup>91</sup>.

Die religiöse und individuelle Versöhnung beinhalten zwar Vergebung und die Bitte um Vergebung; zwei Gesten, die aufeinander antworten, und diese Wechselseitigkeit – die nicht symmetrisch sein muss – ist ein charakteristisches Merkmal für einen Versöhnungsprozess<sup>92</sup>, doch stellt sich die Frage bei dem Blick auf Staaten oder Gesellschaften, ob sich politische Versöhnung auch über den Weg der Annäherung und des Kooperationswillens vollziehen kann, ohne dass Vergebung stattgefunden hat. Vergebung meint dabei aus politischer und theologischer Perspektive nicht eine Auslöschung der Vergangenheit:

„Die verschiedenen christlichen Religionen sind sich einig, dass Verzeihen nicht gleichbedeutend mit Vergessen ist: verzeihen kann auch meinen, dass die Schuld anerkannt wird, ohne die Verletzung zu vergessen. In diesem Sinne ist die Erinnerungsarbeit gleichbedeutend mit der Vergebung“<sup>93</sup>.

Für die verschiedenen hier angesprochenen Interaktionsprozesse im Zeichen der Versöhnung hat Aleida Assmann den Begriff des „dialogischen Erinnerens“ eingeführt, das sie „als wechselseitige Anerkennung von Opfer- und Täterkonstellationen in Bezug auf eine gemeinsame Gewaltgeschichte“ versteht: „Es geht dabei keineswegs um ein vereinheitlichtes europäisches Master-Narrativ, sondern allein um die dialogische Bezogenheit und gegenseitige

<sup>91</sup> Vgl. GARDNER FELDMAN, *Germany's Foreign Policy* (Anm. 39), S. 3-11.

<sup>92</sup> „Als Überwindung einer schuldbelasteten Vergangenheit erfordert Versöhnung von den Konfliktparteien die Bereitschaft, Vergebung zu erbitten und zu gewähren. Versöhnung hat somit auf beiden Seiten eine tiefgreifende Veränderung von innen her zur Voraussetzung: seitens der Täter die Abkehr von der Gesinnung, in der die Tat erfolgte, also: Reue; seitens der Opfer den Verzicht auf Rache sowie darauf, die Täter mit ihrer Tat zu identifizieren, also: Verzeihung. Versöhnung kommt erst dann zum Ziel, wenn die Täter durch Schuleinsicht und Reue zum Bekenntnis der Schuld und (soweit möglich) zu Akten der Wiedergutmachung geführt werden, und wenn sich andererseits die Opfer bereitfinden, das ihnen zugefügte Unrecht zu vergelten und nachzutragen, sondern zu vergeben“; REUTER, *Ethik und Versöhnung* (Anm. 66), S. 22.

<sup>93</sup> ROGNON, *Expiation* (Anm. 67).

Anerkennung und Anschlussfähigkeit nationaler Geschichtsbilder<sup>694</sup>. Die verschiedenen Beiträge in diesem Band unterstreichen dabei die These, dass nationale Gedächtnisse stets mit anderen nationalen Gedächtnissen verbunden sind. Wenn sie in einen Dialog treten, kommen auch Versöhnungsprozesse schneller voran; verharren sie jedoch in monologischen Gedächtniskonstruktionen, dann verstellen sie langfristig den Blick in eine gemeinsame Zukunft.

So werden weder die deutsche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit noch die damit im Zusammenhang stehenden Versöhnungsprozesse jemals abgeschlossen sein, sondern, wie Heinrich August Winkler in seiner Rede im Deutschen Bundestag vom 8. Mai 2015 betonte, immer wieder durch neue Fragestellungen angestoßen werden: „Jede Generation wird ihren eigenen Zugang zum Verständnis einer so widerspruchsvollen Geschichte wie der deutschen suchen“<sup>695</sup>.

### 3. Die Struktur des Bandes

#### 3.1 Gesten

„Der Kniefall des Bundeskanzlers wurde zum Medienereignis – ein Bild ging um die Welt. Wichtig war dabei die Botschaft, die dahinter stand, aber das allein hätte nicht gereicht, die Verbindung von Form und Inhalt war entscheidend. Eine einzige Geste, eine Sequenz von wenigen Minuten transportierte mediengerechte Politik für ein Millionenpublikum. Die gleiche Wirkung hätte durch lange politische Reden kaum erzielt werden können“<sup>696</sup>.

Zu Recht weist Daniela Münkel hier auf das Verhältnis von Geste, Form und Inhalt bei symbolischen Handlungen hin, wie beim Kniefall von Willy Brandt in Warschau 1970, an dem sich bundesdeutsche Politiker in der Folge in ihrer Symbolpolitik messen lassen mussten. „Einer der wichtigsten außenpolitischen Akte der Bundesrepublik Deutschland“<sup>697</sup> gilt dabei als Paradebei-

<sup>94</sup> ASSMANN, Das neue Unbehagen (Anm. 87), S. 197, 199.

<sup>95</sup> Rede von Prof. Dr. Heinrich August Winkler zum 70. Jahrestag Ende des Zweiten Weltkrieges 8. Mai 2015; [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw19\\_gedenkstunde\\_wkii\\_rede\\_winkler/373858](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw19_gedenkstunde_wkii_rede_winkler/373858) [31.8.2015].

<sup>96</sup> Daniela MÜNDEL, Bemerkungen zu Willy Brandt, Berlin <sup>2</sup>2013, S. 112.

<sup>97</sup> Bernd ROTHER, Willy Brandts Außenpolitik. Grundlagen, Methoden und Formen, in: DERS. (Hg.), Willy Brandts Außenpolitik, Wiesbaden 2014, S. 335-357, hier S. 355.



spiel für eine „Politik der Reue“, bei der hochrangige Vertreter eines Staates ein öffentliches Schuldbekenntnis für ein Kollektiv ablegen, um auf diese Weise Läuterung und die Einleitung einer politischen Wende zu demonstrieren<sup>98</sup>.

Methodisch lassen sich Reuebekenntnisse im Sinne einer „neuen Politikgeschichte“ als eine Form kommunikativen Handelns verstehen, das sich – wie auch die anderen hier untersuchten Gesten – durch kommunikative Aushandlungsprozesse im Innern und nach außen auszeichnet. Gerade Versöhnungsprozesse spiegeln sich in Ritualen, Zeremonien, symbolischen Praktiken, „die die gegebenen oder erwünschten politischen Verhältnisse einerseits abbilden, andererseits aber (und mehr noch) herstellen und transformieren helfen“<sup>99</sup>. Auch sie sind „das Erzeugnis einer bestimmten Sprache und anderer symbolischer Praxen („kulturelle Konstruktion“), die sich „nur unter bestimmten Bedingungen entwickeln und signifikant werden“ können („relative Konstruktion“)<sup>100</sup>. Staatsmänner können mit ihren Gesten handlungsnormierend wirken und ihre Bürger mit auf einen Weg der Versöhnung nehmen bzw. Hindernisse aus dem Weg räumen. Ihre persönliche Versöhnung mit dem ehemaligen Feind mag sich zum Leitbild für die gesellschaftliche Versöhnung entwickeln und der Maxime gehorchen, dass ohne die direkte Versöhnung zwischen den Individuen Gesellschaften unfähig sind, „zum Horizont der Hoffnung“ zu streben, wie es der israelische Präsident Shimon Peres 2010 im Deutschen Bundestag für die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel formulierte:

„Die Brücke über dem Abgrund wurde mit schmerzenden Händen und Schultern, die dem Gewicht der Erinnerung kaum standhielten, aufgebaut und sie steht auf starken, moralischen Grundfesten [...]. Von Konrad Adenauer, der mit David Ben-Gurion eine gemeinsame Sprache fand, bis zum Kniefall Willy Brandts im Andenken an die Helden des Warschauer Ghettos. Und Sie, Abgeordnete des Bun-

<sup>98</sup> Vgl. Michael JEISMANN, *Auf Wiedersehen Gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen*, München 2001; Jeffrey K. OLICK, *The Politics of Regret. On Collective Memory and Historical Responsibility*, New York 2007.

<sup>99</sup> FREVERT, *Neue Politikgeschichte* (Anm. 83), S. 16; vgl. auch Thomas MERGEL, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 574-606.

<sup>100</sup> Vgl. hierbei die Parallelen zur Nationsbildung: John J. BREUILLY, *Nationalismus als kulturelle Konstruktion: Einige Überlegungen*, in: Jörg ECHTERNKAMP, Sven Oliver MÜLLER (Hg.), *Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760-1960*, München 2002, S. 247-268, hier S. 248.

destages und des Bundesrates, von Helmut Schmidt bis Helmut Kohl, und andere Führungspersönlichkeiten, Sie haben die Grundmauern gefestigt und dem Bau noch weitere Steine der Freundschaft hinzugefügt<sup>101</sup>.

Staatliche Symbolpolitik geht jedoch ins Leere, wenn hinter entschuldigenden Gesten keine politische und gesellschaftliche Realität steht. So müssen bei symbolischen Handlungen stets die Wechselwirkungen zwischen der politischen Führung und den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor, während und nach der Geste im Blick bleiben<sup>102</sup>. Dabei illustrieren die Gesten von Adenauer und de Gaulle oder Mitterrand und Kohl nicht alleine den minutiös geplanten, hochformalisierten und rituellen Charakter, sondern sagen sehr viel über das Verhältnis zwischen politischem Handeln und politischem Bewusstsein aus, wie auch der heftig kritisierte Bitburg-Besuch von Kohl und Reagan dokumentiert:

„Symbolische Politik‘ ist somit stets daraufhin zu prüfen, ob sie ein politisches Bewusstsein ausdrückt, das in politischen Institutionen verankert und durch eingübte Stile und Verhaltensweisen gedeckt ist, oder nur kurzfristige Moden spiegelt, die Politiker verführt, als Showmaster auf einer Bühne zu agieren, der keine Wirklichkeit mehr entspricht“<sup>103</sup>.

Gesten sind, so Christopher Daase, „nicht nur ein angemessener Ausdruck des jeweils zu der Zeit geforderten Bedauerns, sondern auch ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Bereitschaft, sich zur Verantwortung für die Vergangenheit zu bekennen“<sup>104</sup>. Diese Erfahrung machten auch die Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth und die Präsidentin der ersten frei gewählten DDR-Volkammer Sabine Bergmann-Pohl bei ihrer Reise nach Jerusalem im Jahre 1990, um wenige Wochen vor der Wiedervereinigung Ängste in Israel abzubauen, wie Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner Rede vor der Knesset 25 Jahre später nochmals eigens hervorhob:

---

<sup>101</sup> Der Präsident des Staates Israel Shimon Peres vor dem Bundestag, 27.1.2010; <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/peres/rede/248108> [10.9.2015].

<sup>102</sup> Vgl. Corine DEFANCE, Michael KISSNER, Pia NORDBLOM (Hg.), Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945. Zivilgesellschaftliche Annäherungen, Tübingen 2010.

<sup>103</sup> GREIFFENHAGEN, Ein schwieriges Vaterland (Anm. 32), S. 31.

<sup>104</sup> Christopher DAASE, Entschuldigung und Versöhnung in der internationalen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25/26 (17.6.2013), S. 43-49, hier S. 48.

„Der damalige Knesset-Präsident Dov Shilansky, der seine gesamte Familie im Holocaust verloren und gesagt hatte, er würde nie wieder einem Deutschen die Hand geben, sprach fast zwei Stunden mit den deutschen Repräsentantinnen und reichte Ihnen am Ende die Hand – ein für die Anwesenden berührender Moment, der den Stand der deutsch-israelischen Beziehungen im Allgemeinen und der Parlamentsbeziehungen im Besonderen verdeutlicht“<sup>105</sup>.

### 3.2 Erinnerungs- und Gedenkort

„Wenn nun in Auschwitz [...] der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee gedacht wird, ist es der Versuch, dem Unfassbaren eine Fassung zu geben, eine Form, einen Ritus [...]. Es ist gerade die Form und das Rituelle, das der Trauer einen Raum gibt und den Überlebenden des Lagers einen Ort, an dem sie gehört werden. Ein funktionierendes Gemeinwesen braucht solche Zeiten und Orte der kollektiven Erinnerung. Solche Rituale formen auch die Politik [...]. Die Ritualisierung der Erinnerung hat [aber] auch ihre Risiken. Die Riten können hohl werden und der Selbstbeweihräucherung einer politischen Priesterschaft dienen, während das Volk sich genervt abwendet. Sie können banal werden: Außer einem Haufen Verrückter findet es irgendwie jeder schlimmer, Menschen zu vergasen“<sup>106</sup>.

Mit diesen Worten beschrieb der Journalist Matthias Drobinski, den Ort Auschwitz, als im Jahre 2015 der 70. Jahrestag der Befreiung des Lagers begangen wurde. Auschwitz ist nicht nur der materielle, sondern auch der symbolische Ort der industriellen Massenvernichtung der europäischen Juden geworden. Seit 2000 steht der 27. Januar als Datum für ein nationenübergreifendes Gedenken an den Holocaust, um durch eine transnationale Erinnerung die Ablehnung von Intoleranz, Diskriminierung und Rassismus zu bekräftigen. Eine ähnliche memorielle Entwicklung nahmen auch andere Schauplätze von Massakern, welche von der deutschen Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges begangen wurden. Diese Orte können heute als Barometer für die komplexen Versöhnungsprozesse herangezogen werden, um den Möglichkeiten zu und den Grenzen von Versöhnung auf die Spur zu gelangen.

Der Vergleich mit den Gedenkort des Ersten Weltkrieges verdeutlicht, wie sich Erinnerung hier in den Jahren nach 1918 in der Regel weiter nationalisierte. Die permanente Reaktivierung

<sup>105</sup> Ansprache von Bundestagspräsident Norbert Lammert vor der Knesset am 24. Juni 2015; <https://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2015/005/380034> [10.9.2015].

<sup>106</sup> Matthias DROBINSKI, Warum wir in den Abgrund von Auschwitz blicken müssen, in: Süddeutsche Zeitung, 27.1.2015.

des Feindbilddenkens stand einer mentalen bzw. einer kulturellen Demobilisierung im Wege. Zu erwähnen sind hier auf französischer Seite u.a. die nationalen Gedenkstätten wie das Beinhaus von Douaumont und die Krypta am Hartmannsweilerkopf (jeweils 1932 eingeweiht), aber auch der oberschlesische Wallfahrtsort St. Annaberg, der vor und während des Zweiten Weltkriegs ein Gedenkort war, an dem Polen und Deutsche nationalistische und gegnerische Gefühle immer wieder aufleben ließen, um über eine instrumentalisierte und selektive bzw. verfälschte Erinnerung identitäre Prozesse zu verstärken.

Die geschichtspolitischen Kontroversen zwischen Deutschen und Franzosen um den Rhein nach 1918 sind ein weiteres Beispiel dafür, wie über die Topographie eine Kriegskultur in die Nachkriegszeit verlängert wurde<sup>107</sup>. Um in der Gegenwart die Erinnerung an eine antagonistisch-feindliche Vergangenheit zu kultivieren, wurden diese Orte ganz bewusst emotional aufgeladen, um die Gedächtnisbildung auch in Zukunft gegen den ehemaligen Feind zu lenken:

„Forschung hat gezeigt, dass emotionale Erregung die Intensität der Erinnerung des Erlebnisses und das Erlebnis selbst beeinflusst. Stärkere Erregung intensiviert die Erinnerung und verlängert die Dauer ihres Überlebens im Gedächtnis. Jeder Aufruf eines Erinnerungsbildes ist mit einem Hormonstoß verbunden, der verstärkend wirkt, und nimmt Einfluss auf die mit dem Bild wiederbelebten Gefühle“<sup>108</sup>.

Diese wenigen Beispielen illustrieren, dass Erinnerungsorte des Ersten wie des Zweiten Weltkrieges einem permanenten Wandel unterliegen, der durch politische und sozio-kulturelle Eingriffe beeinflusst wird. Die in diesem Sammelband analysierten Orte, deren Liste sich noch weiter verlängern ließe<sup>109</sup>, liegen wie Dachau auf deutschem Boden oder in während des Zweiten Weltkriegs von

<sup>107</sup> Vgl. Franziska WEIN, *Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919-1930*, Essen 1992; John HORNE (Hg.), *14–18 Aujourd’hui–Today–Heute. Dossier: Démobilisations culturelles après la Grande Guerre 5* (2002); Wolfgang HARDTWIG (Hg.), *Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918-1939*, Göttingen 2005.

<sup>108</sup> Bernd HÜPPAUF, *Was ist Krieg? Zur Grundlegung einer Kulturgeschichte des Kriegs*, Bielefeld 2013, S. 229.

<sup>109</sup> Vgl. Israel GUTMAN, Eberhard JÄCKEL, Peter LONGERICH (Hg.), *Enzyklopädie des Holocaust*, 4 Bde, 1998; Peter JAHN, Henning LANGENHEIM, *Mordfelder = Polja smerti. Orte der Vernichtung im Krieg gegen die Sowjetunion*, Berlin 1999; Gerd R. UEBERSCHÄR (Hg.), *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2003.

der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern, erlauben dabei einen weiten Blick, wie im Rahmen von transnationaler Konflikttransformation auf verschiedene Art und Weise gezielt, konstruktiv und emphatisch das traumatische Ereignis bearbeitet wurde, um die emotionale Aufladung dieser Orte in einen Annäherungsprozess zu überführen<sup>110</sup>. Sie wurden in der Regel zu Orten einer geteilten Erinnerung und transnationaler Sozialisationsprozesse, so u.a. der 1989 eröffnete Geschichtspark im italienischen Marzabotto, der seinen Besuchern die Erfahrung vermitteln soll, wie mit der Last eines deutschen Kriegsverbrechens auf individueller, lokaler, sozialer und politischer Ebene eine Umkehrung des bisherigen Feindbilddenkens zu erreichen ist. Diesen gelungenen Projekten steht der griechische Ort Distomo gegenüber, an dem die Versöhnungsbemühungen bislang zum Scheitern verurteilt waren. Gerade letzteres Beispiel führt uns ein weiteres Mal vor Augen, dass es Ungleichzeitigkeiten der Erinnerungsbildung gibt<sup>111</sup> und Versöhnung nicht als ein linearer Prozess verstanden werden darf bzw. die Geschichte der Versöhnung zwischen Deutschland und seinen Nachbarn keine reine Fortschrittsgeschichte ist<sup>112</sup>. Die mittlerweile auf breiter Quellengrundlage mögliche Aufarbeitung der Erinnerungsarbeit dieser Orte verweist vielmehr auch auf politische und sozio-kulturelle Hindernisse, mentale Blockaden, gegenläufige Interessen, Misserfolge, falsche Kompromisse, Mythen und Tabus, die von der Komplexität lokal situierter Versöhnungsprozesse zeugen.

### 3.3 Organisationen und Institutionen

Die Beiträge zu den im dritten Teil behandelten Organisationen und Institutionen verweisen auf ihre steuernden, regulierenden

---

<sup>110</sup> Der Oradour-Überlebende Robert Hébras spricht nicht von „Versöhnung“, sondern von „Freundschaft“; vgl. Lena Bopp, Wir waren sorglos, als die SS in unser Dorf kam. Massaker von Oradour, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.4.2015.

<sup>111</sup> Vgl. Muriel BLAIVE, Christian GERBEL, Thomas LINDENBERGER (Hg.), *Clashes in European Memory. The Case of Communist Repression and the Holocaust*, Innsbruck 2011; Muriel BLAIVE, Thomas LINDENBERGER, *Zeitgeschichte und Erinnerungskonflikte in Europa*, in: APuZ 62 (2.1.2012) 1-3, S. 21-27.

<sup>112</sup> Zu diesem Schluss kam bereits Peter STEINBACH, *Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945*, Berlin 1981; Norbert FREI, Volkhard KNIGGE (Hg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002.

und koordinierenden Funktionen<sup>113</sup>, die in den internationalen Beziehungen Erwartungsverlässlichkeit und Erwartungsstabilität (Schutz vor Gewalt) absichern sollen. Unter Einbeziehung von transnationalen Wirkungsfaktoren ist daher eine enge Verzahnung von kognitiv-intellektuellen und institutionengeschichtlichen Entwicklungen im Rahmen des Ansatzes von „Kultur als soziale Praxis“ besonders erfolgsversprechend, wie Winfried Schulze andeutet: „Es bedarf der Verortung der Institution in den großen Prozeß der Zeit, um besser ihren historischen Platz zu bestimmen, aber auch, um genauer ihre Wirkungen feststellen zu können“<sup>114</sup>. Mit Rüdiger von Bruch ist daher gerade auch für Institutionen im transnationalen Kontext zu fragen, wie sich die nationalstaatlich verfassten Institutionen entwickelten und auf welche Weise sie im Spannungsfeld zwischen kultureller und politischer Institutionalisierung auf die Versöhnungsprozesse einwirkten<sup>115</sup>. Der Vergleich der hier präsentierten Institutionen bietet zum ersten Mal die Möglichkeit, Konflikttransformation als längerfristigen Verständigungsprozess auf gesellschaftlicher Ebene zu vergleichen und zu analysieren. Nicht nur ihre Gründungsgeschichten nach 1945 spiegeln ihren Einfluss auf die Friedenskonsolidierung; auch ihre weitere Entwicklung verweist auf die konstruktiven Einwirkungen im Bereich der „Konfliktkultur“. Dabei befinden sie sich an der Schnittstelle von offiziellen und privaten, von kollektiven und individuellen Begegnungen, die von Interdependenzen zwischen den genannten Ebenen geprägt sind und gerade deshalb Aufschluss darüber geben können, wie versöhnende Diskurse und Gesten im Spannungsfeld von politischen Rahmenbedingungen und kulturellen Praktiken in die Praxis umgesetzt werden, um der Versöhnung auch Tiefenwirkung zu geben. Die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ verdeutlicht wiederum, wie mühsam

---

<sup>113</sup> Institutionen sind wie andere soziale Räume ein Ort, an dem und mit dem um Macht und Einfluss in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft gerungen wird; vgl. Helmuth TRISCHLER, *Geschichtswissenschaft – Wissenschaftsgeschichte: Koexistenz oder Konvergenz?*, in: *Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte* 22 (1999) 4, S. 239-256.

<sup>114</sup> Winfried SCHULZE, *Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft 1920-1995*, Berlin 1995, S. 15.

<sup>115</sup> Vgl. Rüdiger VON BRUCH, *Wissenschaft im Gehäuse: Vom Nutzen und Nachteil institutionengeschichtlicher Perspektiven*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 23 (2000) 1, S. 37-49, hier S. 42.

aufgebautes Vertrauen<sup>116</sup> an einem „als Versöhnungsprojekt gedachten Erinnerungsort“<sup>117</sup> durch ein enggeführtes monologisches Gedächtnis, unnötige Diskussionen um Opferkonkurrenz, partikulare Interessen und geschichtspolitische Grabenkämpfe schnell wieder verspielt werden kann.

### 3.4 Aktionsfelder und Handlungsformen

Bei den im vierten Teil behandelten Aktionsfeldern und Handlungsformen wird ein weiteres Mal deutlich, dass Versöhnung, wie schon die im 2. Korintherbrief 5, 20 formulierte Bitte um Vergebung als ersten Schritt der Versöhnung („Wir bitten an Christi statt: Lasst euch mit Gott versöhnen“) suggeriert, ein interaktiver Prozess ist, der die Frage aufwirft, welches Verständnis und welche Konzepte von Versöhnung die beteiligten Akteure leiten, um Wege zu finden, Konflikte künftig ohne Androhung und Anwendung von Gewalt mit rein zivilen Mitteln auszutragen und einverträglich zusammenzuleben.

Dabei zeigen die im Rahmen von Jugendbegegnungen, Städtepartnerschaften und Schulbuchgesprächen formulierten Diskurse genauso wie politische Gedenkreden, religiös gefärbte Ansprachen, diplomatische Verträge und offizielle Dokumente von Wiedergutmachungsverhandlungen, dass Sprache als Ausdruck kultureller Bedeutungen und Spiegel sozialer Semantiken nicht nur zu der von Clifford Geertz beschriebenen Symbolik gehört, mit deren „Hilfe die Menschen ihr Wissen vom Leben und ihre Einstellungen zum Leben mitteilen, erhalten und weiterentwickeln“<sup>118</sup>, sondern auf einer gleichrangigen Ebene auch ein konstitutives Medium ist, das Realität produziert und Geschichtsmächtigkeit für sich in Anspruch nehmen kann. Anders gesagt: „Versöhnung“ kann dort verortet werden, wo Menschen von „Versöhnung“ reden und schreiben, wo Menschen „Versöhnung“ imaginieren und visualisieren, wo Menschen mit dem Begriff „Versöhnung“ Sinn und Bedeutung konstituieren. Als ein Beispiel kann eine Radtour

---

<sup>116</sup> Vgl. Niklas LUHMANN, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Konstanz, München <sup>5</sup>2014.

<sup>117</sup> Regina MÖNCH, *Unversöhnt im Berliner Deutschlandhaus. Bundesstiftung in der Krise*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.11.2015.

<sup>118</sup> Clifford GEERTZ, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt/M. 1983, S. 46.

von Dachau nach Oradour-sur-Glane im Juni 2014 herangezogen werden, deren Ziel von einem Teilnehmer mit folgenden Worten beschrieben wurde:

„Mit ihrer Tour wollten die Radfahrer einen symbolischen Beitrag leisten zur Aussöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich [...]. Denn nun steht die Freundschaft zwischen den beiden Städten nicht mehr nur auf dem politischen Standbein“<sup>119</sup>.

Geertz auf zeichenhaften Bedeutungen beruhenden Kulturbegriff versuchen auch jene Akteure fruchtbar zu machen, die sich mit den Transfermöglichkeiten von genuinen Versöhnungsprozessen beschäftigen. Es war sicherlich kein Zufall, dass die deutsch-französische Verständigung in der Ansprache aus Anlass der Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU im Dezember 2012 als Vorbild genannt wurde, gilt sie doch in der öffentlichen Meinung als ein gelungener Versöhnungsprozess in Europa. Nachdem sie in den 1990er Jahren vielfach als Modell in Drittländern präsentiert wurde, hat sich in der Praxis doch eher gezeigt, dass die jeweiligen Situationen vor Ort nur schwerlich mit dem deutsch-französischen Fall verglichen werden konnten, so dass er heute eher als historischer Bezugspunkt herangezogen wird, um anhand der „Semiotisierung von Geschichte“ (Jan Assmann) gemeinsam über mögliche Transferpraktiken nachzudenken<sup>120</sup>.

### **3.5 Friedensforschung und Friedenspädagogik in Deutschland**

Der fünfte Teil unseres Sammelbandes geht von der These aus, dass Annäherung, Versöhnung, Verständigung und Frieden zum einen lernbar und kognitiv steuerbar sind, zum anderen aber auch der wissenschaftlichen und pädagogischen Begleitung bedürfen. Da menschliches Verhalten nicht nur durch genetische Dispositionen, sondern immer auch durch Sozialisationsprozesse kulturell geformt werden, bekräftigen gerade Vertreter der Friedensforschung und Friedenspädagogik die Annahme, dass Aggressionspotentiale zwischen Staaten und Gesellschaften in eine

<sup>119</sup> Radtour nach Oradour – Beginn einer Freundschaft, in: Münchner Merkur, 13.6.2014.

<sup>120</sup> Vgl. zu Transferprozessen im Rahmen von Versöhnung: Stefan SEIDENDORF (Hg.), *Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten?*, Baden-Baden 2012; Zeitschriftendossier zu „La fabrique européenne des politiques de réconciliation“, in: *Revue d'études comparatives Est-Ouest* 45 (septembre-décembre 2014) 3/4.



friedliche Aufhebung der wechselseitigen Feindschaft überführt werden können<sup>121</sup>. Kontrolle des emotionalen Verhaltens auf Grundlage von vergangenen Erfahrungen als Voraussetzung für das gewaltlose Austragen von Konflikten gilt dabei als Lernziel, das über Methoden erreicht werden soll, die über Aggressionshemmung und Gewaltverzicht schließlich zu Toleranz, Kompromissbereitschaft und eine konstruktive politische Konfliktkultur mit fairen Chancen für die Artikulation und den Ausgleich von gegensätzlichen Interessen führen soll. Da Versöhnung keine universale oder überzeitliche Konstante darstellt und vom räumlichen, sozialen, kulturellen und zeitlichen Kontext der Individuen und Kollektive abhängt, braucht sie den methodischen Rückhalt und die kritische Unabhängigkeit von Wissenschaft und ihren Institutionen, um in ihrem historischen Kontext verstanden und nicht von Politik oder Wirtschaft verklärt und instrumentalisiert zu werden<sup>122</sup>.

\*\*\*

„Nichts ist abwegiger als Versöhnung als einen Moment zu verstehen [...], wie ein Drama, das ein für alle Mal seine Auflösung im Schlussakt findet, um dann zur Normalität zurückzukehren. Die Versöhnung muss als eine nie endende politische Arbeit definiert werden“<sup>123</sup>.

Dass die Herausgabe dieses Bandes weder ein Drama noch eine nie endende wissenschaftliche Arbeit wurde, verdanken wir unseren Autoren aus Deutschland, Frankreich, Österreich, der Tschechischen Republik und den USA. Auffällig, aber sicherlich nicht zufällig ist, dass sich für diese transnationale Thematik gerade deutsche Wissenschaftler interessieren, die oftmals schon seit vielen Jahren im Ausland wissenschaftlich tätig sind und mittlerweile einen Blick von außen auf Deutschland haben. Erfreulich zu beobachten war, wie die einzelnen Autoren dieses Projekt als gemeinschaftliches Unternehmen aufnahmen und uns immer wieder zum Weiterdenken veranlassten. Danken wollen wir weiterhin Thierry Waser und Emilie Menz vom Verlag Peter Lang

<sup>121</sup> Vgl. Till KÖSSLER, Alexander J. SCHWITANSKI (Hg.), *Frieden lernen. Friedenspädagogik und Erziehung im 20. Jahrhundert*, Essen 2014.

<sup>122</sup> Vgl. Marcel M. BAUMANN u.a. (Hg.), *Friedensforschung und Friedenspraxis. Ermunterung zur Arbeit an der Utopie*, Frankfurt/M. 2013.

<sup>123</sup> Antoine GARAPON, *Préface. Les commissions Vérité-Réconciliation: une nouvelle forme politique*, in: Etienne JAUDEL, *Justice sans châtement. Les commissions Vérité-Réconciliation*, Paris 2009, S. 17.

Brüssel für die erfreuliche Kooperation, Laurence Chabeaux und Rébecca Champenois für die logistische und editoriale Unterstützung, Bettina Severin-Barboutie (Alexander von Humboldt-Stiftung/SIRICE, Paris) für die konstruktiven Kommentare, dem an der Université de Lorraine (Metz/Nancy) angesiedelten Centre d'études germaniques interculturelles de Lorraine (CEGIL) und dem Labex „Écrire une histoire nouvelle de l'Europe“ (EHNE), ohne deren Unterstützung dieses Buch nicht das Licht der Welt erblickt hätte.